



Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB)ⁱ
Gewerkschaftlicher Beratungsausschuss bei der OECD (TUAC)ⁱⁱ

Erklärung der Gewerkschaften zur COP 13ⁱⁱⁱ

Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen - UNFCCC
Bali, Indonesien (3.- 14. Dezember 2007)

Dieses Dokument kann abgerufen werden unter: http://www.global-unions.org/pdf/ohsewp_12Bc.EN.pdf (engl. Version)

Einführung

Der Klimawandel ist kein hypothetisches Szenario mehr, sondern zu einer für alle erkennbaren und beunruhigenden Gewissheit geworden. Seine Auswirkungen werden noch für viele zukünftige Generationen spürbar sein. Eine Reihe wissenschaftlicher Studien, wie die Berichte des IPCC¹ oder des UNEP², haben bestätigt, dass der Klimawandel für Millionen von Arbeitnehmern greifbare Veränderungen der Lebensumstände und Arbeitsplätze bringen wird. Immer wieder auftretende Dürren, Überflutungen und regional begrenzte Infektionskrankheiten sind nur einige der vielen Folgen oder Nebenwirkungen, die mit dem Klimawandel einhergehen.

Von apokalyptischen Zukunftsvisionen dürfen wir uns dennoch nicht zu Untätigkeit verleiten lassen. Vielmehr stehen wir heute an einem wichtigen Scheideweg und verfügen noch über eine ausreichend große Entscheidungsfähigkeit, um die Zukunft für die auf uns folgenden Generationen gestalten zu können. Die Geschichte wird uns danach beurteilen, wie wir mit den uns heute bekannten Handlungsoptionen verfahren. Sind wir aufrichtig gewillt, uns dieser monumentalen Herausforderung zu stellen?

Die Gewerkschaften sprechen sich dafür aus, dass wir alle gemeinsam diese Herausforderung bewältigen, solidarisch handeln und an einem Strang ziehen.

Uno-Generalsekretär Ban Ki-moon erhält unsere volle Unterstützung, wenn er an die Weltgemeinschaft appelliert: „Wir können die Notwendigkeit zur Tugend machen; wir können neue und verbesserte Möglichkeiten finden, zu produzieren, zu konsumieren und zu entsorgen. Wir können umweltfreundliche Branchen fördern, die die Entwicklung vorantreiben und neue Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig für eine Senkung der Emissionen sorgen. Wir können in eine neue Ära der weltweiten Partnerschaft aufbrechen – eine Ära, in der die steigende Flut der klimafreundlichen Entwicklung sämtlichen Boote ins Wasser hebt.“³

Wir rufen hiermit zu Engagement und Verbindlichkeit auf. Als Vertreter der Gewerkschaften aus Nord und Süd rufen wir alle Akteure in Bali auf, gemeinsam die entwickelten Länder zu einer deutlichen Reduzierung ihrer Emissionen zu verpflichten. Das Argument, Wachstum und Beschäftigung würden dadurch geschwächt, ist nicht mehr länger glaubhaft oder hinnehmbar. Eine weitere Aufschiebung ist nicht mehr vertretbar.

i. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) vertritt 168 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in 305 Mitgliedsorganisationen und 153 Ländern und Hoheitsgebieten. info@ituc-csi.org.

ii. Der Gewerkschaftliche Beratungsausschuss bei der OECD (TUAC) vertritt 58 nationale Gewerkschaftsbünde aus 30 industrialisierten OECD-Mitgliedsstaaten, die zusammen 66 Millionen Arbeitnehmer vertreten. tuac@tuac.org.

iii. Diese Stellungnahme zur COP 13 wurde unter der Leitung der gewerkschaftlichen Arbeitsgruppe zum Klimawandel verfasst, die Gewerkschaftsverbände der meisten Regionen, Kontinente und Branchen umfasst.

¹ Der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) führt Forscher aus der ganzen Welt zusammen und analysiert umfassend, objektiv und auf offene und transparente Weise wissenschaftliche, technische und sozioökonomische Daten über die Risiken und die Möglichkeiten zur Anpassung an und Abmilderung des Klimawandels. An der Ausarbeitung des jüngsten Berichts – des im November 2007 abschließend veröffentlichten „Vierten Sachstandsbericht des IPCC“ – waren mehr als 2500 Wissenschaftler beteiligt.

² Weltumweltbericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP): „Global Environmental Outlook: Environment for development (Geo4)“, Oktober 2007.

³ Ban Ki-moon anlässlich der Präsentation des vierten Teils des Uno-Klimaberichts („Vierter Sachstandsbericht des IPCC“) am 17. November 2007.

Kernaufgabe der COP 13 (Conference of the Parties) wird es sein, einen ehrgeizigen Auftrag zu formulieren, der alle Länder dazu verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen stärker zu senken, der die differenzierten Verantwortungen berücksichtigt und zugleich den jeweiligen Fähigkeiten und Bedürfnissen der Entwicklungsländer nach internationaler Unterstützung gerecht wird. Es ist ein Bewusstsein dafür gewachsen, dass auch die Entwicklungsländer – und insbesondere diejenigen, die schon zu den großen Emittenten von Treibhausgasen zählen oder bald zählen werden – aktiv beteiligt werden müssen.

Wir setzen uns hier in Bali für einen „gerechten Prozess“ (Just Transition) des Wandels ein, der die Schwächsten schützt und unterstützt. Gerechtigkeit, Recht, sozialer Schutz und Ausbildung sind Kennzeichen eines solchen Aufbruchs in eine nachhaltige Zukunft. Die Rechte der Frauen und der Jugend müssen Teil eines jeden Ansatzpunktes sein.

Die Gewerkschaften rufen hiermit zum Handeln auf. Als Vertreter vieler Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind wir und sie Teil der vielen, jetzt benötigten Lösungen. Insofern fordern wir ein zweifaches Engagement – ein Engagement für die Umwelt und ein Engagement für die Gesellschaft. Die Arbeitnehmer und Gewerkschaften setzen sich weiterhin auf allen Ebenen – auf Ebene des Landes, des Sektors und des Arbeitsplatzes – für eine Gesellschaft ein, die fair ist, verantwortungsbewusst mit der Umwelt umgeht, und die Menschen- und Arbeitnehmerrechte respektiert.

Wir als Gewerkschaften sind zuversichtlich, dass Bali den Beginn eines neuen und ehrgeizigeren Prozesses des sozialen Wandels einläuten wird, bei dem wir kollektiv mit Herz und Verstand danach streben, den Fortbestand unseres Planeten auf Grundlage der Solidarität und des gegenseitigen Respekts zu sichern.

Wir sind überzeugt, dass wir kraft unserer sozialen Grundausstattung gemeinsam darauf hin arbeiten können, konkrete Veränderungen zu erzielen. Wir rufen die Regierungen und alle Anderen feierlich auf, die Herausforderung anzunehmen und die historische Aufgabe gemeinsam zu bewältigen.

Inhaltsverzeichnis

Die Gewerkschaften unterstützen eine ehrgeizige Kyoto-II-Vereinbarung (Nr. 1-7)

Der grüne Wandel: Herausforderungen und Möglichkeiten der Abmilderung (Nr. 8-14)

- Auswirkungen der Klimapolitik auf die Beschäftigung
- Die Zeit ist reif für „grüne“ Arbeitsplätze
- Einige Branchen werden mit großen Schwierigkeiten kämpfen

Anpassung: Bekämpfung von Armut, Schaffung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen, Aufbau von Solidarität (Nr. 15-26)

- Solidarität auf globaler, nationaler und lokaler Ebene stärken
- Positive Auswirkungen auf Wirtschaft, Beschäftigung und Verminderung der Armut

Den Übergang FAIR gestalten (Nr. 27-35)

- Warum ist der Übergang notwendig?
- Das Auskommen der Arbeitnehmer sichern
- Schutz des wirtschaftlichen Lebens von Gemeinden

Eröffnung des Dialogs, Stärkung der Fähigkeiten der Sozialpartner (Nr. 36-40)

Finanzierung von Klimapolitik (Nr. 41-46)

Der Arbeitsplatz: Ein Handlungsfeld für die Klimapolitik (Nr. 47-54)

Technologische Optionen und soziale Verantwortung (Nr. 55-60)

Schlussbemerkungen (Nr. 61-62)

Die Gewerkschaften unterstützen eine ehrgeizige Kyoto-II-Vereinbarung

Die Gewerkschaften sind überzeugt, dass die weltweiten Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel in der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen zusammengeführt werden müssen.

1. Die Erneuerung des Kyoto-Protokolls nach 2012 ist heute die zentrale Herausforderung der Weltgemeinschaft. Wir als Gewerkschaften sind zuversichtlich, dass Bali den Beginn eines neuen und ehrgeizigeren Prozesses des sozialen Wandels einläuten wird, bei dem wir kollektiv mit Herz und Verstand danach streben, den Fortbestand unseres Planeten auf Grundlage der Solidarität und des gegenseitigen Respekts zu sichern.

Der IGB-Vorstand hat im Juni 2007 eindringlich dazu aufgerufen, den Kampf gegen den Klimawandel zum Ziel eines neuen gewerkschaftlichen Internationalismus zu machen.

2. Die Gewerkschaften sind der Überzeugung, dass eine neue Vereinbarung den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf maximal 2°C begrenzen sollte, um so einen sicheren und nachhaltigen Handlungsrahmen für die weltweite Reduzierung der Emissionen zu definieren.

In Anlehnung an dieses grundlegende Ziel rufen die Gewerkschaften die Regierungen auf, bei der UN-Klimarahmenkonvention in Bali dem IPCC-Szenario zur Beschränkung der globalen Erderwärmung auf maximal 2°C zu folgen und die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um 85 Prozent zu reduzieren.

Das IPCC hat darauf hingewiesen, dass uns nur noch wenige Jahre bleiben, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern. Der jetzt erforderliche rasche Umbau auf eine weltweite an CO₂-Emissionen arme Wirtschaftsform stellt die Arbeitnehmer und Gewerkschaften in den entwickelten und in den Entwicklungsländern vor massive Herausforderungen. Es muss sichergestellt werden, dass die notwendigen Anpassungsfähigkeiten überall – und insbesondere in den Entwicklungsländern – gegeben sind.

3. Nach Maßgabe des Prinzips der „gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung“ ist jedes Land aufgefordert, sich je nach Stufe seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung an der nächsten Kyoto-Vereinbarung zu beteiligen.

- Die entwickelten Länder: Sollten sich auf weitere deutliche, kurzfristige Senkungen ihrer CO₂-Emissionen einigen: Das Ergebnis des Vorhabens der Europäischen Union, die CO₂-Emissionen bis 2020 (auf Basis von 1990) um 30 Prozent zu senken (derzeit Inhalt von Verhandlungen über einen neuen internationalen Vertrag), kann sich als wertvolle Zielmarke der Selbstverpflichtung der entwickelten Länder insgesamt erweisen, da ein weltweites Emissionshandelssystem Dreh- und Angelpunkt dieser Strategie sein wird.
- Die Entwicklungsländer: Die am weitesten vorangeschrittenen Entwicklungsländer können Schritt für Schritt Maßnahmen zur Vermeidung, Senkung, Stabilisierung oder zur kontrollierten Steigerung ihrer Treibhausgasemissionen ergreifen, beispielsweise über Zielvorgaben zum Einsatz erneuerbarer Energiequellen und der CO₂-Abscheidung und -Speicherung, über die Einschränkung der Abholzung oder dem Aufbau öffentlicher Verkehrsmittel.

4. Kriterien für die Lastenteilung bei der Emissionsreduzierung. Die Lasten müssen gemäß dem Prinzip der gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung geteilt werden, sowie nach Maßgabe von Gerechtigkeitskriterien, die sich nach den Emissionsquellen (industrielle oder diffuse) und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der einzelnen Länder richten.

- Sektoren diffuser Emissionen sollten auf der Grundlage der Pro-Kopf-Emissionen analysiert werden.
- Industrielle Sektoren im Bereich des CO₂-Marktes sollten über sektorale Richtwerte (Benchmarking) oder durch Audit-Verfahren analysiert werden, wobei CO₂-Emissionen je Tonne Endprodukt zugrunde zu legen sind. Eine solche Analyse verfolgt das Ziel, die höchste Effizienz und den Einsatz der besten verfügbaren Technologien (BVT) zu fördern.
- Entwicklungslücken zwischen Ländern und die Angleichung wirtschaftlicher und sozialer Bedingungen sind ebenfalls zu berücksichtigen.

All diese Elemente sind durch die Einbeziehung weiterer Unterschiede zwischen den Ländern anzupassen, wie die Bevölkerungsdichte, die Fläche des Landes (flächenmäßig größere Länder haben einen größeren Transportbedarf) und die Bedeutung an CO₂-Emissionen reicher und arbeitsintensiver Sektoren im Energiesystem usw.

5. Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt und gerechter Wandel (Just Transition).

Eine neue Vereinbarung sollte Folgendes abdecken:

- Folgen für die Beschäftigung aufgrund klimabedingter Verwerfungen, d. h. Standortverlagerungen, Migration, Arbeitslosigkeit in klimaempfindlichen Branchen und Klimaflüchtlinge,
- Folgen für die Beschäftigung aufgrund der Durchführung von Anpassungsmaßnahmen (Investitionen in die Infrastruktur oder tief greifende Änderungen der Produktion), und
- Folgen für die Beschäftigung aufgrund der Auswirkungen von Abmilderungsmaßnahmen.

6. Der Beschäftigungswandel sollte untersucht und vorhergesagt werden, um soziale Gerechtigkeit garantieren zu können. Begleitmaßnahmen (wie die Förderung menschenwürdiger und „grüner“ Arbeitsplätze und

sozialer Sicherungssysteme) sind bei der Entwicklung von Abmilderungs- und Anpassungsmaßnahmen zu berücksichtigen.

Die Gewerkschaften treten dafür ein, Beschäftigung, Einkommen und Beseitigung der Armut in den Mittelpunkt der Diskussionen zu stellen. Auswirkungen auf die Beschäftigung sollten als Variable Bestandteil sämtlicher Szenarien sein.

7. Die Gewerkschaften treten die für Einrichtung eines dreiseitigen sozialen Dialogs in jedem Land und auf sektoraler Ebene ein, um die Folgen und die benötigten Übergangsmaßnahmen vorherzusehen, nachdem zuvor eine soziale Absicherung gewährleistet wurde. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Gesprächstische für den sozialen Dialog, wie sie in Spanien zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls und des nationaler Allokationsplans eingerichtet wurden (siehe Seite 12).

Der grüne Wandel: Herausforderungen und Möglichkeiten der Abmilderung

Auswirkungen der Klimapolitik auf die Beschäftigung

8. Der Vierte Sachstandsbericht des IPCC hat auf die gefährlichen und unumkehrbaren Konsequenzen eines unkontrollierten Klimawandels hingewiesen. Die Auswirkungen auf die Wirtschaft – inklusive der Beschäftigung – werden katastrophal sein, sofern keine ehrgeizigen Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen ergriffen werden. Zwar haben die Regierungen bestimmter entwickelter Länder den Arbeitsplatzschutz als Argument genutzt, sich nicht für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu engagieren, doch zeigen neuere Daten, dass Maßnahmen zur Abmilderung des Klimawandels insgesamt positive Auswirkungen auf die Beschäftigungslage haben. Die Gewerkschaften sind der Überzeugung, dass der Kampf gegen den Klimawandel eine potentiell positive Chance zur Schaffung neuer Arbeitsplätze auf Grundlage einer nachhaltigen und fairen Gesellschaft darstellt.

9. Jüngste, auf der Basis fünf verschiedener Szenarien⁴ erstellte Schätzungen haben auf lange Sicht ein leicht positives Nettowachstum der weltweiten Beschäftigung ergeben. Dabei wurden aufgrund der Klimapolitik verloren gegangene und neu geschaffene Arbeitsplätze gegeneinander aufgerechnet. Gleichzeitig sind jedoch Arbeitsplatzverluste in bestimmten industriellen Sektoren und Regionen zu erwarten. Insgesamt werden durch die Umstellung auf eine grüne Produktion deutliche Chancen für ein Beschäftigungswachstum entstehen, insbesondere durch den Ausbau erneuerbarer Energien, die die Wind-, Wellen-, Gezeiten- und Sonnenenergie nutzen, sowie durch die Nutzung von Biomasse, Energiesparmaßnahmen und die Clean Coal Technology. Der Apollo-Jobs-Report⁵ hat ein umfassendes Szenario politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen entwickelt, in dem die US-Regierung über zehn Jahre insgesamt 300 Milliarden US-Dollar in vier verschiedene Bereiche investiert: Ausbau der Energiediversifizierung, Investitionen in Zukunftsbranchen, Förderung energieeffizienter Gebäude und die Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur. Bei diesem Szenario entstehen allein durch den Ausbau der erneuerbaren Energien 459.189 neue Arbeitsplätze in den USA; insgesamt schaffen die vorgeschlagenen Investitionen 3,3 Millionen Arbeitsplätze. Eine weitere Studie hat errechnet, dass bis Ende 2006 europaweit bis zu 800.000 neue Stellen – davon allein 235.000 in Deutschland – hätten entstehen können, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien. In Deutschland wird durch den Ausbau der erneuerbaren Energien mit der Schaffung von 400.000 neuen Arbeitsplätzen bis 2020 gerechnet.

Observatorium für erneuerbare Energie und Beschäftigung (ISTAS)

In den vergangenen Jahren hat sich Spanien zu einem der wichtigsten Akteure der Entwicklung erneuerbarer Energien etabliert. Neue Unternehmen und Arbeitsplätze sind dort entstanden. Um die Schwierigkeiten der erneuerbaren Energien, ihre sozialen Dimensionen und Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt besser verstehen zu können, haben die Gewerkschaften ein neues Institut ins Leben gerufen – das „Centro de referencia de ISTAS de energías renovables y empleo“, das an das Instituto Sindical de Trabajo Ambiente y Salud (ISTAS) angegliedert ist (ein durch den spanischen Gewerkschaftsverband CC.OO. gegründetes Institut für Gesundheit am Arbeitsplatz und Umwelt). Dieses Referenzzentrum fördert und entwickelt neue Wege zur Nutzbarmachung erneuerbarer Energien und versteht sich als „Observatorium“ für diesen Bereich und der damit einhergehenden Fragen zu Beschäftigung und zu sozialen und beruflichen

⁴ OECD: „Environment and Employment: An Assessment“, Environment Directorate, OECD, 2004

⁵ Daniel M. Kammen, Kamal Kapadia und Matthias Fripp (2004): „Putting Renewables to Work: How Many Jobs Can the Clean Energy Industry Generate?“ RAEI Report, University of California, Berkeley, USA

Kompetenzen. Das Institut fördert die Entwicklung politischer Handlungsoptionen für Institutionen, Branchen und Unternehmen.

10. Während für die entwickelten Länder die Senkung der Treibhausgasemissionen und damit verbunden die Entstehung neuer Arbeitsplätze im Vordergrund steht, können die Entwicklungsländer eine umweltverträgliche Politik unmittelbar mit ihren Strategien zur Reduzierung der Armut und ihrer Entwicklungspolitik verknüpfen. Beispielsweise können positive Beschäftigungseffekte energieeffizienter Baurichtlinien als Teil einer Strategie zur Arbeitsplatzbeschaffung in Schwellenländern entwickelt werden und so zu einer Senkung der CO₂-Emissionen beitragen. Genauso könnten Investitionen in öffentliche Verkehrssysteme gleichzeitig menschenwürdige Arbeitsplätze schaffen, die soziale Ausgrenzung mindern und CO₂-Emissionen senken.

11. Die Förderung von Forschungsbemühungen, die ein verlässliches Bild der langfristigen Nettobeschäftigungseffekte vermitteln, wird zu den wichtigsten Aufgaben der COP gehören, wobei Branchen und Regionen einzeln zu untersuchen sind. Die unten beschriebene, von den Gewerkschaften gemeinsam durchgeführte Untersuchung der europäischen Regionen veranschaulicht, welche konkreten Schritte unternommen werden können, um positive Veränderungen besser zu verstehen und zu planen. COP 13 sollte zu ähnlichen Studien für andere Regionen aufrufen.

Europäische Gewerkschaften untersuchen Synergien von Beschäftigung und Klimapolitik

Diese vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), Syndex, dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und vom ISTAS durchgeführte Studie untersuchte, welche Auswirkungen eine im Rahmen der Klimapolitik angestrebte Reduktion der CO₂-Emissionen in der Europäischen Union um 40 Prozent bis 2030 potenziell auf die Beschäftigung haben könnte. Dabei wurden insbesondere vier Sektoren (Energieproduktion, energieintensive Branchen, Transport und Baugewerbe) in elf EU-Mitgliedsstaaten untersucht. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass:

- Eine Energieeinsparpolitik deutliche Auswirkungen auf die Beschäftigung im Sektor Energieerzeugung hat. Gleichzeitig zeigte sich, dass die Entwicklung neuer Energiesparttechnologien mehr Arbeitsplätze entstehen ließe, als in der Kohleproduktion durch eine Energiesparpolitik gefährdet würden.
- In energieintensiven Sektoren ein reales Risiko der Arbeitsplatzabwanderung und einer Umleitung von CO₂-Flüssen in Länder außerhalb Europas droht, falls sich die EU ehrgeizige und einseitige Ziele der Emissionsreduktion setzt. Dieses Risiko lässt sich durch eine Industriepolitik abfedern, die einerseits öffentliche Hilfen für Fortbildungsprogramme im Bereich Forschung und Entwicklung und andererseits einen „Korrekturmechanismus“ auf Importe, die keiner Regulierung zur Eindämmung des Klimawandels unterliegen, miteinander kombiniert.
- Im Transportsektor durch den Ausbau von Alternativen zum Straßentransport ein enormes Potenzial an neuen Arbeitsplätzen im Nicht-Straßentransport entsteht, dem jedoch große Herausforderungen im Automobilsektor und im straßengeführten Güterfrachtverkehr gegenüberstehen.
- Das Baugewerbe eine erhebliche Quelle neuer Arbeitsplätze bietet, jedoch einen großen Fortbildungsaufwand zu bewältigen hat, um Arbeitnehmer für den Bau nachhaltig betriebener Gebäude sowie im Hinblick auf Innovationen zu schulen. Auch die Verfügbarkeit entsprechend qualifizierter Fachleute wäre sicherzustellen.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass das Nettoergebnis der Beschäftigungszahlen leicht positiv wäre. Die Studie verweist zudem darauf, dass eine Reihe von Elementen erforderlich ist: Eine klare und vorhersehbare Klimapolitik, beträchtliche öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung, erneuerbare Energien und der Aufbau von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, öffentliche Transportsysteme und die Gebäudesanierung sowie entsprechend abgestimmte wirtschaftliche Steuerinstrumente, die auch die Auswirkungen auf einkommensschwache Haushalte und energieintensive Branchen berücksichtigen. Die Autoren fordern die Einführung spezieller Programme für den Beschäftigungswandel, die finanziell angemessen ausgestaltet sein und mit den Sozialpartnern verhandelt werden müssen, um negative soziale Folgen der Anpassungs- und Abmilderungspolitik für die Arbeitnehmer vorhersehen, minimieren und lindern zu können.

Die Zeit ist reif für „grüne“ Arbeitsplätze

12. „Grüne Arbeitsplätze“ sind nach Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) „menschenwürdige Arbeitsplätze“ mit hohen arbeitsrechtlichen Normen und Arbeitsbedingungen und darüber hinaus mit einer hohen Öko-Effizienz und geringen Emissionen. Die Gewerkschaften unterstützen dieses Ziel und rufen die Regierungen dazu auf, die Schaffung grüner Arbeitsplätze zu fördern, da sie gute Arbeitsbedingungen und Einkommen versprechen, und so für Wachstum und den Schutz unseres Klimas sorgen.

Grüne Arbeitsplätze entstehen bereits in hoher Zahl. Sie sind zu finden in Sektoren wie der Produktion erneuerbarer Energien, bei Dienstleistungen zur Steigerung der Energieeffizienz und in der Ausrüstungsherstellung, bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, in der intelligenten städtebaulichen Entwicklung, der Wiedereingliederung von Brachland sowie im Recycling.

Dennoch ist eine einheitliche Politik erforderlich, um das Potenzial grüner Arbeitsplätze weiter auszubauen. Da grüne Arbeitgeber nicht zwingend bessere Arbeitgeber sind, halten die Gewerkschaften an ihrem Auftrag fest, sich um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer zu kümmern – in traditionellen wie in fortschrittlichen Sektoren. In Branchen wie der Forst- oder Landwirtschaft beispielsweise können stabile und ordentliche Löhne angemessene Lebensbedingungen sicherstellen und zum Schutz der natürlichen Ressourcen beitragen.

Deutsche Gewerkschaften gehen bei der Energieplanung und -einsparung voran

Ein wichtiges Experiment wurde in Deutschland angestoßen, wo sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und deutsche Einzelgewerkschaften mit der Regierung, mit Umweltverbänden und Arbeitgeberorganisationen zu einem Aktionsbündnis zur energetischen Gebäudesanierung zusammengeschlossen haben. Durch die breit angelegte Aktion wird das Klima geschützt und werden zugleich zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen.

Im Rahmen des Bündnisses für Arbeit und Umwelt sollen 300.000 Wohnungen und Häuser saniert, 200.000 Arbeitsplätze geschaffen und die CO₂-Emissionen jährlich um 2 Millionen Tonnen gesenkt werden. Rechnet man die Einsparungen der Mieter, Vermieter und der Städte und Gemeinden für Heizkosten sowie die Kosteneinsparungen durch eine Senkung der Arbeitslosigkeit und die Mehreinnahmen bei der Einkommenssteuer zusammen, kommt man auf Einsparungen in Höhe von etwa 3 Milliarden Euro. Vergleichbare Auswirkungen sind auch für ein angeschlossenes Projekt zu erwarten, so die Studie: „The renovation of a building – A chance for climate protection and the labour market“, die im Auftrag von Greenpeace Deutschland und der IG BAU durchgeführt wurde. Das unmittelbare Ziel dieser Aktionsbündnisse ist die verbesserte Isolierung von Gebäuden, die Modernisierung der Heiztechnologie und der Einsatz erneuerbarer Energien wie Photovoltaiksysteme und Sonnenwärmekraftwerke.

Tausende neuer Arbeitsplätze wurden im Baugewerbe, in der Heiz-, Sanitär- und Klimatechnik sowie im Bereich Baudienstleistungen erwartet. Die Finanzierung des Programms wurde durch die deutsche Regierung übernommen, die über fünf Jahre mehr als eine Milliarde Euro ausgeben wird. Weitere 6 Milliarden Euro werden über zinsgünstige Kredite zur Verfügung gestellt.

„Der EnergieSparFonds für Deutschland“. Der EnergieSparFonds unterstützt private, gewerbliche und öffentliche Energieverbraucher beim Energiesparen – nicht durch eine einfache Reduzierung des Verbrauchs, sondern durch eine effiziente Nutzung der beim Endnutzer eingesetzten Energie. Insgesamt erreichen die angegliederten Programme des EnergieSparFonds bis ins Jahr 2030 eine positive Netto-Mehrbeschäftigung von 1 Million Personenjahren. Jedes eingesparte Petajoule Endnutzerenergie schafft zusätzliche Arbeitsplätze in der Größenordnung von 103 Personenjahren. Die Idee dahinter: Die Vorfinanzierung von Energieparmaßnahmen wird durch die eingesparten Energiekosten refinanziert.

Einige Branchen werden mit großen Schwierigkeiten kämpfen

13. Den Gewerkschaften ist bewusst, dass bestimmte Sektoren unter den Anstrengungen zur Abmilderung des Klimawandels leiden werden. Sektoren, deren Geschäft auf fossilen Energieträgern basiert, sowie anderen energieintensiven Sektoren steht durch die politisch forcierte Reduzierung der CO₂-Emissionen ein tief greifender Wandel bevor.

Das gilt nicht nur für Stahl-, Eisen- und Aluminiumproduzenten, sondern auch für energieintensive Dienstleister wie der Straßengüterverkehr.

So kommt beispielsweise eine Studie des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) zu dem Schluss, dass die europäischen Kohleproduzenten und Erdölraffinerien mit Verlusten rechnen müssen. Es wird

insbesondere erwartet, dass die Schließung von Kohlekraftwerken gravierende Auswirkungen auf die Beschäftigung im Kohleabbau haben wird.

14. Die Gewerkschaften akzeptieren zwar, dass Veränderungen in einigen Sektoren unumgänglich sind, doch schlagen wir zugleich eine Reihe von Maßnahmen für einen fairen Umbau (Fair Transition) vor, um Härtefälle, denen die Arbeitnehmer aufgrund solcher Veränderungen ausgesetzt sein können, zu vermeiden. Übergangsmaßnahmen sollten sich in erster Linie auf energieintensive Sektoren konzentrieren und den Arbeitnehmern hier über Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen einen

Weg in neue Berufe eröffnen. So werden zwar in unserem Beispiel der Kohlekraftwerke noch einige Arbeiter unbesetzte Stellen in Heizkraft- und Gaskraftwerken übernehmen können, doch müssen auch hier zusätzliche Aspekte in Betracht gezogen werden, da diese offenen Stellen sich nicht in der gleichen Region befinden werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte der ökonomischen Diversifikation von Gebieten geschenkt werden, in denen Kohlekraft voraussichtlich geschlossen werden, so dass die örtliche Gemeinde nicht von einem letzten verbliebenen Arbeitsplatz abhängt.

Anpassung: Bekämpfung von Armut, Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, Aufbau von Solidarität

Solidarität auf globaler, nationaler und lokaler Ebene stärken

15. Wir wissen, dass selbst bei einer sofortigen und drastischen Senkung der Emissionen unser Klima einen dramatischen Wandel erfahren wird. Das Ausmaß dieses Wechsels wird von den Maßnahmen zur Abmilderung abhängen. Unser Vermögen, auf diesen Wandel zu reagieren und unsere Verwundbarkeit gegenüber dem Klimawandel zu verringern, hängt von unserer Fähigkeit ab, dringende Anpassungsmaßnahmen durchzuführen.

Wie viele andere sind auch die Gewerkschaften der Ansicht, dass unser Anpassungsvermögen in erster Linie eng mit dem Einkommen und den Fähigkeiten des Einzelnen verknüpft ist. Auch wenn jedermann die negativen Auswirkungen des Klimawandels erfährt, so werden diejenigen am härtesten davon getroffen werden, die am verwundbarsten sind, und zwar in entwickelten Ländern genauso wie in Entwicklungsländern. Den Armen mangelt es häufig an Mitteln, Informationen oder Zugang zu Dienstleistungen, mit deren Hilfe sie den Auswirkungen des Klimawandels zuvorkommen könnten.

16. Die Armen in Entwicklungsländern werden eine doppelte Last zu tragen haben: Erstens liegen die meisten Entwicklungsländer in den Tropen und Subtropen, die den Voraussagen nach die Auswirkungen des Klimawandels viel stärker zu spüren bekommen werden: Afrika, Asien, Lateinamerika und die kleinen Inselstaaten wurden alle als Problemgebiete identifiziert.

Zweitens sind Entwicklungsländer häufig weniger in der Lage, mit widrigen Klimaauswirkungen zurechtzukommen: Armut verschärft die Auswirkungen des Umweltwandels und wird durch sie verschärft. Die Menschen in diesen Ländern hängen in hohem Maße von klimaempfindlichen Ressourcen ab, sie haben eine geringe Anpassungsfähigkeit und die Ärmsten unter ihnen haben jetzt schon enorme Schwierigkeiten, mit

COP-13-Erklärung zur Forstwirtschaft Bau- und Holzarbeiter Internationale

Wälder bieten Arbeitern und Gemeinden weltweit Lebensgrundlage und Wohlergehen. Forstgebiete müssen ordnungsgemäß bewirtschaftet werden.

Die Waldarbeiter und ihre Gewerkschaften sichern die Versorgung ganzer Gemeinden, von denen viele in ländlichen, weithin stark von Armut betroffenen Gegenden auf der Südhalbkugel liegen.

Ein angemessener Maßnahmenkatalog muss Fehlentscheidungen verhindern, die das Überleben der Familien und die Gesundheit der Wälder zueinander in Widerspruch setzen:

- Einbeziehung von Waldarbeitern und Gewerkschaften bei der Bekämpfung von Armut und Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Forstwirtschaftspraxis,
- Förderung einer gerechten Verteilung der landwirtschaftlichen Erträge in den Gebieten, in denen die Arbeiter leben,
- Förderung menschenwürdiger Arbeitsplätze, Einkommen und Lebensbedingungen,
- Reduzierung des Bedarfs an nicht nachhaltigem Roden, Abernten und Holzeinschlag durch Schaffung von Märkten und legalen Infrastrukturen für die Holzbearbeitung sowie Beschaffungsrichtlinien der Regierung,
- Verstärkung der Überwachung und der Durchsetzung (einschließlich polizeilicher Kontrollen), auch durch den Handel,
- Ankurbeln der Nutzung von Erzeugnissen auf Recyclingholzbasis als wertvoller Lieferant erneuerbarer Energie, der Arbeitsplätze schafft und Landgemeinden, in denen vorwiegend Holz verarbeitet wird, zu Wohlstand verhilft.

den aktuellen extremen Wetterereignissen und Klimaschwankungen fertig zu werden.

17. Diese Auswirkungen verschlimmern den Teufelskreis der Armut, da sie weitere negative Folgen für die Entwicklung der Entwicklungsländer mit sich bringen. Umweltereignisse belasten für arme Haushalte ganz enorm: Dürren, Raubbau an Ressourcen und Überflutungen sind unter anderem entweder der Grund für die ohnehin kritische soziale und wirtschaftliche Situation oder sie verstärken diese noch: der Raubbau mit Ressourcen verschärft die Arbeitslosigkeit, dies fördert die Abwanderung, was zu einem Verlust an Arbeitskräften und der Gefährdung ländlicher Wirtschaftsbereiche beiträgt.

Angesichts des Umfangs der Probleme, vor denen die Entwicklungsländer stehen, ist die derzeitige internationale Zusammenarbeit eindeutig unzureichend. Der Klimawandel ist ein globales Problem, also muss die internationale Gemeinschaft auch die globale Solidarität vorrangig behandeln.

18. Die Regierungen spielen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht sicherzustellen, dass vernünftige Anpassungsmaßnahmen unternommen werden, angefangen mit der Festlegung öffentlicher Reaktionen und Investitionen über Vorschriften und politische Richtlinien sowie wirtschaftliche und institutionelle Unterstützung für den Privatsektor und die Zivilgesellschaft. Andere Anpassungsaspekte, wie z. B. bedeutende Infrastrukturentscheidungen, werden größere Voraussicht und Planung erfordern und einige, wie Wissen und Technologie, werden von globalem Nutzen sein.

Die Gewerkschaften appellieren an die Regierungen und die Gesellschaft, sich mit denen solidarisch zu zeigen, die am verwundbarsten sind. Die internationale Solidarität muss verstärkt werden und Hilfe für Not-situationen und Katastrophen sowie finanzielle Mittel für schnelle Anpassungsprogramme umfassen. Zur nationalen Solidarität gehören steigende Investitionen in die Sicherung des Überlebens der Ärmsten durch die Entwicklung sozialer Schutzmaßnahmen, Strategien zur Bekämpfung der Armut und Programme zur Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze. Eine der größten Herausforderungen auf diesem Gebiet ist die Stärkung und Befähigung der Regierung in vielen armen oder Schwellenländern. Von nun an wird demokratische Regierungsgewalt auch die Reaktion einer Regierung auf den Klimawandel beschreiben.

19. Ein qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienst und eine starke Führungsrolle des öffentlichen Sektors müssen das Kernstück der globalen Reaktion auf den Klimawandel sein. Wie der Stern-Report uns in Erinnerung gerufen hat, stellt der Klimawandel das größte Marktversagen der Geschichte dar. Wir können nicht auf eben diese gescheiterten Marktmechanismen bauen, um aus der Krise herauszukommen. Investitionen in Wasser, Gesundheit, Transport, Wohnungswesen und andere wesentliche Infrastrukturen, auf die in dieser Erklärung gedrängt wird, sollten den zerstörerischen Trend zu Privatisierung und Liberalisierung umkehren und öffentlich sowie demokratisch rechenschaftspflichtig sein. Ebenso müssen wir öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung von neuen, saubereren Technologien auf der Grundlage erneuerbarer Energien, Klimaforschung und Reaktion im Katastrophenfall deutlich verstärken. Partnerschaften zwischen öffentlichen Einrichtungen, beispielsweise für Technologietransfer im Bereich der öffentlichen Energieversorgung, sollten gefördert und finanziell unterstützt werden. Verträge zur Vergabe öffentlicher Aufträge sollten genaue Angaben bezüglich Normen für Arbeitsrecht und ökologische Nachhaltigkeit enthalten.

20. Wie wird internationale Solidarität in Maßnahmen und Aktionen umgesetzt?

- Die Gewerkschaften sind der Ansicht, dass der beste Weg für entwickelte Länder zur Übung von Solidarität mit Entwicklungsländern in der Reduzierung ihre eigenen Emissionen liegt, um künftiges Leid und irreversible Veränderungen zu begrenzen, und in der Schaffung von Mitteln für andere Länder, damit diese sich an den Reduzierungsmaßnahmen beteiligen können.

- Technologietransfer ist von grundlegender Bedeutung. Bedauerlicherweise mangelt es an wirklichen Verpflichtungen zur Entwicklung und zum Transfer von klimafreundlichen Technologien. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Erfüllung des Mandates der Konvention sicherzustellen, und Anstrengungen unternommen werden, um die vorgeschlagenen Varianten für saubere Technologien besser an die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen in Entwicklungsländern anzupassen. Die Gewerkschaften glauben, dass der Technologietransfer die Weiterentwicklung von Forschung und Innovation sicherstellen muss und die vorhandene Leistungsvermögen in Entwicklungsländern verbessern muss, da sie ursächlich für nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze sorgen.

- Lenkung von Kapitalströmen für die Anpassung: Wasser, Gesundheitswesen und Infrastruktur wurden als die verwundbarsten Sektoren identifiziert, in die dringend investiert werden muss. Bei diesen Investitionen müssen aber auch andere Gegebenheiten berücksichtigt werden, z. B. das wachsende Auftreten von HIV/AIDS oder anderer Krankheiten, die die Fähigkeit zur ordnungsgemäßen Erbringung derartiger Dienstleistungen einschränken. In diesem Zusammenhang sollten langfristige Kapitalströme in Entwicklungsländern gelenkt werden, damit diese sich besser an den Klimawandel anpassen können (siehe unsere Vorschläge zur Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel in Nr. 41-46).

Die Gewerkschaften fordern die Einlösung der in Monterrey und Gleneagles eingegangenen Verpflichtungen zu einer wesentlichen Steigerung der Entwicklungshilfe zwecks Unterstützung armer Länder und zu einer größeren Rechenschaftspflicht für Regierungen, die diese ordnungsgemäß von Jahr zu Jahr über ihre Verpflichtungen ablegen müssen.

Eine Verpflichtung zur Beseitigung der Armut und zur Förderung der Gleichstellung erfordert konkrete Schritte, damit die soziale Dimension in die Anwendung des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (CDM), der Gemeinschaftsreduktion (GR) und des Emissionshandels (EH) mit aufgenommen wird. Dies erfordert u. a. die Entwicklung sozialer Indikatoren und anderer Werkzeuge, die umfassende gesellschaftliche Werte und Normen widerspiegeln. Die Einbeziehung der Arbeitnehmer ist unabdingbar, wenn es darum geht sicherzustellen, dass Projekte die Kriterien für eine nachhaltige Entwicklung erfüllen. Darüber hinaus ist die Beteiligung von Arbeitnehmern aus Entwicklungsländern, die CDM-Projekte durchführen, für die Gewährleistung der Nachhaltigkeit entscheidend. Die belgische Regierung hat gemeinsam mit den belgischen Gewerkschaften bewiesen, wie diese flexiblen Mechanismen zur Unterstützung sozialer und beschäftigungstechnischer Maßnahmen gestaltet werden können.

Belgische CDM- und GR-Projekte enthalten soziale Kriterien und beziehen Gewerkschaften mit ein

Gemäß den aktuellen Vorschriften für die Zeit von 2008 bis 2012 muss Belgien seinen Treibhausgasausstoß um 7,5 Prozent senken (im Vergleich zu dem Niveau von 1990). Zu diesem Zweck wurden eine Reihe von sozialen Kriterien in die Bedingungen für Ausschreibungen zum Kauf von Quoten für den Treibhausgasausstoß eingefügt, womit die Empfehlungen eines technischen Komitees befolgt wurden, das sich aus Vertretern von Regierung, Gewerkschaft, Arbeitgebern und Nichtregierungsorganisationen (NGO) zusammensetzt. Durch die Einführung dieser flexiblen Mechanismen müssen die politischen Entscheidungsträger sich redlich um ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen bemühen.

Um berücksichtigt zu werden, müssen die Vertreter von Projekten die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die acht Grundsatzserklärungen der Erklärung der IAO über Grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit sowie die IAO-Übereinkommen 155 über Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt und 169 über eingeborene und in Stämmen lebende Völker anerkennen.

Auch Beschäftigungszahlen, Qualitätsentwicklung und Ausbildung von Fertigkeiten sind Faktoren von Interesse. Die Vertreter müssen nachweisen, dass sie die Arbeitsgesetzgebung einhalten, und den Zugang zu wesentlichen Leistungen einschließlich Energieversorgung sicherstellen. Sie müssen einen Plan zur Überwachung der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Projekts ausarbeiten. Falls eine Vorfinanzierung des Projektes gewünscht wird, müssen die Gewerkschaften in den Überwachungsprozess mit eingebunden werden, der die Einbeziehung der Arbeitnehmer und die Aktivität von Gewerkschaften in Nicht-Anhang-I-Ländern fördert. Die Erfahrung zeigt, dass die Einhaltung extensiver Kriterien keine nennenswerten Hürden im Ausschreibungsverfahren darstellt. Siehe auch: www.climatechange.be/jicdmfender/

Positive Auswirkungen auf Wirtschaft, Beschäftigung und Verminderung der Armut

21. Die Anpassung an den Klimawandel bietet die Möglichkeit, in der wirtschaftlichen Entwicklung neue Wege zu beschreiten; einer Entwicklung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und respektvoll mit der Umwelt und den Rechten der Arbeitnehmer umgeht. Es bedarf regionaler, sektoraler und lokaler Forschung, um die möglichen Anpassungsmaßnahmen auf Wirtschaft, Beschäftigung und Verminderung der Armut besser zu verstehen. Gleichwohl können wir mit Sicherheit sagen, dass Anpassungsstrategien, durch die die Fähigkeit der Gesellschaft und der Wirtschaft verbessert wird, auf den Klimawandel zu reagieren und sich ihm anzupassen, im Wesentlichen keine negativen Auswirkungen auf Lebensumstände oder Beschäftigung haben.

Während der Klimawandel sich negativ auf Land- und Forstwirtschaft, Ökosysteme, Siedlungsgebiete und Gesundheit, insbesondere auf der südlichen Halbkugel, auswirken wird, könnten begleitende Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden, um positive Effekte auf die Beschäftigung zu erzielen oder zumindest die Schwere der negativen Auswirkungen zu mindern.

Anpassung kann also auch positive Möglichkeiten für Risikosektoren bieten und sogar zur Verbesserung der Bildungs- und Einkommenssituation der Arbeitnehmer beitragen. Ein Beispiel hierfür ist der Anpassungsmaßnahmenplan des Landes Lesotho, in dem alle Anpassungsmaßnahmen entsprechend ihrer Auswirkungen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und Verminderung der Armut analysiert werden, sodass das Land nur diejenigen Maßnahmen auswählt, die auf beiden Gebieten zu positiven Ergebnissen führen. Dies wird für alle Länder empfohlen, da die Reduzierung der Arbeitslosigkeit oberste Priorität im Kampf gegen die Armut hat.

Anpassungsmaßnahmen sind in den einzelnen Sektoren unterschiedlich, aber sie alle sollten Regelungen für Arbeitnehmer vorsehen, deren Arbeitsplätze durch geänderte Produktionsbedingungen gefährdet werden, die zur Vorbereitung unserer Gesellschaft und Wirtschaft auf die Auswirkungen des Klimawandels erforderlich sind.

22. Wie kann Anpassung dem Verlust von Arbeitsplätzen vorbeugen? Nur durch die Anpassung verwundbarer Sektoren können wir uns wirtschaftliche und nachhaltige Perspektiven sichern. Einige Beispiele aus verschiedenen Sektoren:

Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft (in dem aufgrund des Klimawandels insbesondere im Süden eine Verringerung der Erträge, Ernteschäden, Bodenerosion und eine höhere Todesrate beim Viehbestand erwartet wird) müssen sich Anpassungsmaßnahmen auf den Ausbau nicht landwirtschaftlicher Aktivitäten sowie den Anbau von Feldfrüchten, die einer größeren Bandbreite von Witterungsbedingungen standhalten können, sowie von hitzeresistenten Pflanzen- und Baumarten konzentrieren. Die in der Wasserknappheit liegende Herausforderung erfordert neue Bewässerungsmethoden. In Kombination mit der Förderung von Biokraftstoffen würden einen Investitionsanreiz darstellen, jedoch die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in die Höhe treiben. Ein Teil des Landwirtschaftssektors wird entscheidende Verschiebungen im Bereich der öffentlichen Hilfe erforderlich machen, durch die allein eine stabile Nahrungsmittelproduktion sichergestellt werden könnte. Außerdem werden derartige Maßnahmen zur Einschränkung der negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die Wirtschaftstätigkeit und damit auf die Beschäftigung beitragen. Darüber hinaus bestätigen die Gewerkschaften nochmals die Notwendigkeit, im Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen das Vorsorgeprinzip walten zu lassen.

Was nun die menschliche Gesundheit angeht, so geht man davon aus, dass der Klimawandel auf ältere und gesundheitlich anfällige Menschen sehr viel gravierendere Auswirkungen haben wird. Darüber hinaus wird er die Produktivität der Arbeitnehmer durch wachsende Erkrankungs- und Sterblichkeitsraten infolge bestimmter Krankheiten verringern. Auch wird der Temperaturanstieg die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer, die ihren Beruf unter freiem Himmel ausüben, verschlechtern (beispielsweise Bauarbeiter, Landarbeiter und Straßenarbeiter). Diese Auswirkungen werden massive Folgen für die Kapazitäten im Bereich der Gesundheits- und Sozialfürsorge haben. Anpassungsmaßnahmen müssen die Gesetzgebung hinsichtlich Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt verbessern und/oder die Gesundheitsdienstleistungen auf die gesundheitlich anfälligsten Gruppen ausdehnen. In den betroffenen Gemeinden kann sich dies positiv auf die Beschäftigungs- und Einkommenssituation auswirken.

Im Touristikbereich kann die Verwundbarkeit der Arbeitnehmer durch Maßnahmen vermindert werden, die sich auf die Entwicklung unterschiedlicher touristischer Aktivitäten oder die Förderung wirtschaftlicher Diversifizierung konzentrieren.

23. Wie kann Anpassung Arbeitsplätze schaffen? Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sind der Ausbau der nicht landwirtschaftlichen Aktivitäten, die Einrichtung von Baumschulen, Projekte zur Wiederaufforstung und die Förderung lokaler Technologien Beispiele für Maßnahmen, die die Anpassung an den Klimawandel erleichtern und zahlreiche Stellenangebote schaffen können. Die beiden letztgenannten Initiativen sind dafür bekannt, dass sie Arme, insbesondere Frauen, zu mehr Entscheidungsbefugnis verhelfen und ihnen die Möglichkeit geben, offiziell am Wirtschaftsleben teilzunehmen und das Familieneinkommen zu verbessern.

Die Bau- und Holzarbeiter Internationale entwickelt ihr eigenes Forstwirtschaftsprogramm

Fast 500 Mio. Menschen sind für ihren Lebensunterhalt auf den Wald angewiesen. Daher ist es dringend notwendig, ein Gleichgewicht zwischen der Bekämpfung der Arbeit und den Entwicklungserfordernissen einerseits und der nachhaltigen Nutzung der weltweiten Waldressourcen andererseits herzustellen.

Die Bau- und Holzarbeiter Internationale (BHI) führt gemeinsam mit den ihnen angeschlossenen Gewerkschaften in Ghana, Burkina Faso, Kenia, Uganda und Mali eine Reihe von Initiativen im Bereich des nachhaltigen Forstmanagements (SFM) durch.

Die ersten Schritte wurden 2000 mit der Förderung der Nachhaltigkeit in der Forstwirtschaft unter Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Aspekte unternommen. Baumschulen, Haine mit Kräuterunterpflanzung, Bienenzucht und forstliche Nischholzprodukten wurden organisiert oder gefördert, um Einkommen zu schaffen und Armut zu vermindern. Es wurden Brunnen gebohrt, um den Gemeinden einfachen Zugang zu sauberem Wasser zu verschaffen. Arbeitnehmer wurden in den Bereichen Gesundheit und Sicherheit geschult und für Umweltaspekte der Forstwirtschaft und Zertifizierung sensibilisiert. Örtliche Gemeinden, in der Branche tätige Unternehmen, Umweltschützer und Arbeitnehmervertreter wurden durch die Anpflanzung lokaler und exotischer Baumarten in die Erhaltung und den Schutz von Wassereinzugsgebieten und unverzichtbaren Biotopen einbezogen.

Die BHI stärkt aktiv die Möglichkeiten der Gewerkschaften bei der Forstzertifizierung, die auf die Stärkung sozialer Standards einschließlich der IAO-Kernstandards abzielt und in das nachhaltige Forstmanagement (SFM) eingebunden ist. Die Ergebnisse belegen den Erfolg von Dialog und Planung auf breiter Basis unter Einbeziehung der Betroffenen.

Aufforstung in Ghana In Ghana wurden in den letzten 50 Jahren 80 Prozent der Waldflächen abgeholzt. Die ghanaische Holz- und Waldarbeitergewerkschaft TUC führt ein eigenes Aufforstungsprojekt durch, um die sozialen und ökologischen, aber auch die nationalen wirtschaftlichen Folgen, die auf den Mangel an Holzressourcen im Forst- und Nutzholzbereich zurückzuführen sind, zu mildern.

Die Stiftung Soziale Gesellschaft - Nachhaltige Entwicklung unterstützt dieses Projekt.

Das bestehende Aufforstungsgebiet in Kokoago, Brong-Ahafo wird jetzt um ein weiteres Gelände für nachhaltiges Forstmanagement ausgeweitet. Das Projekt sichert die Zukunft der ghanaischen Nutzholzindustrie, hält das natürliche Ökosystem aufrecht, schafft Einkommen für die Gewerkschaft und baut Fertigkeiten und Wissen der Gewerkschaftsmitglieder im Bereich der nachhaltigen Forstwirtschaft aus.

24. Im Gesundheitssektor können neue Arbeitsplätze geschaffen werden, sofern die Regierungen Anpassungsstrategien ernsthaft umsetzen. Da das Gesundheitswesen wegen des steigenden Krankheitsrisikos ausgebaut werden muss, werden sich im Gesundheitsbereich neue Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben. Umfangreichere Schulungen der Arbeitnehmer und Schutzmaßnahmen gegen neue potenzielle Risiken sind erforderlich.

Auch im Bausektor werden als Folge von Investitionen in die Infrastruktur, beispielsweise Küstenschutz, Hochwasserbekämpfung, Wasserrückhaltung bei Entwässerungsmaßnahmen, Anpassung der Straßen, neue Arbeitsplätze entstehen. Gebäude, Infrastruktur und Wohnhäuser müssen besser an den Klimawandel angepasst werden und politische Entscheidungen zur Förderung dieser Strategien, einschließlich der Nachrüstung von Gebäuden, werden neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen.

25. Anpassung macht durch Hinzufügung einer ökologischen Komponente und die Sicherung von Investitionsmitteln in lebenswichtige Sektoren wie Gesundheit, Wasser und Infrastruktur, die sehr eng mit Armut und Schutzbedürftigkeit verknüpft sind, die Erneuerung von Entwicklungsstrategien möglich. Die Gewerkschaften appellieren an die Regierungen, diese Gelegenheit zu ergreifen, um die Lebensumstände der Menschen nachhaltig zu verbessern.

26. Die Gewerkschaften glauben, dass Klimagerechtigkeit ohne Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern nicht möglich ist. Der Grundsatz der Gleichheit der Geschlechter muss in allen Stadien der internationalen Strategie zum Klimawandel, von der Forschung bis zur Analyse, sowie in der Planung und Umsetzung von Abmilderungs- und Anpassungsstrategien angewandt werden, weil der Klimawandel nicht geschlechtsneutral ist. Frauen sind im Allgemeinen verwundbarer, weil sie unter den Armen und Machtlosen dieser Welt die Mehrheit darstellen. Auch sind sie zur Sicherung ihres Überlebens weitaus mehr auf natürliche Ressourcen angewiesen, die durch den Klimawandel bedroht sind. Der Tsunami, der 2004 über Asien hinwegging, tötete beispielsweise viermal so viele Frauen wie Männer. Frauen sind eine potenzielle Quelle von innovativen Anpassungsstrategien und müssen mit mehr Entscheidungsbefugnis ausgestattet werden, damit sie auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung über den Klimawandel eine entscheidende Rolle spielen, so auch innerhalb der Gewerkschaften und im Bereich der öffentlichen Versorgung.

Den Übergang FAIR gestalten

Warum ist der Übergang notwendig?

27. Unsere einleitenden Anmerkungen über die Zusammenhänge zwischen Abmilderung, Anpassung und der Arbeitswelt dienen dazu, zwischen Regierungen, Unternehmen und anderen Mitgliedern der Zivilgesellschaft eine gegenseitige Unterstützung aufzubauen, damit Übergangsmaßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhalts der Arbeitnehmer und ihrer Familien sowie Wirtschaftsaktivitäten in Stadt- und Landgemeinden einzuleiten.

28. Diese Übergangsmaßnahmen, die unter dem Begriff „Gerechter Übergang“ zusammengefasst werden, sind nötig, um eine breite Unterstützung der Maßnahmen gegen den Klimawandel anzufachen, denn die Sorge um Arbeitsplätze wird immer wieder als Grund angeführt, um nichts gegen den Klimawandel zu unternehmen. Die Gewerkschaften glauben, dass es durch die Vorwegnahme, den Austausch und die gemeinsame Entscheidung über Maßnahmen möglich ist, einen fairen Weg zu einer sozial gerechten und ökologisch verantwortungsvollen Gesellschaft zu finden, und zwar sowohl in entwickelten als auch in Entwicklungsländern.

29. Im Zusammenhang mit der Reduzierung des Treibhausgasausstoßes erfordert der Übergang eine Analyse der tatsächlichen Folgen der Maßnahmen gegen den Klimawandel, bis hinunter zur Mikro-Ebene mit ihren potenziellen Einbußen für die schwächsten Akteure. Im Falle von Produktionsänderungen sind die Arbeitnehmer zusammen mit dem Gemeinden, die ihre wirtschaftliche Hauptaktivität verlieren könnten, am anfälligsten. Eventuell erforderliche Änderungen im Konsumverhalten treffen armen Verbraucher am härtesten, weil sie hohe Preise für Leistungen wie Strom oder Heizöl bezahlen müssen. Eine gründliche Analyse und Identifizierung der verwundbaren Sektoren, Gemeinden und Individuen wird zu einer sachdienlichen und rechtzeitigen Entscheidungsfindung beitragen.

30. Im Zusammenhang mit der Anpassung läuft der Übergang vorrangig darauf hinaus, dass Arbeitnehmern bei der Wahrnehmung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten, beim Aufbau von sozialen Schutzsystemen und bei der Förderung einer erheblichen wirtschaftlichen Diversifizierung geholfen werden muss. So können neue Arbeitsplätze geschaffen, die Neuqualifizierung von Arbeitnehmer gefördert und die Arbeitslosigkeit in den Gemeinden bekämpft werden.

31. Die Regierungen sollten darin unterstützt werden, das IAO-Übereinkommen Nr. 122 über die Beschäftigungspolitik zu ratifizieren und sich bei der Planung der Schritte hin zu einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik von dessen Empfehlungen leiten zu lassen.

32. Die Gewerkschaften glauben, dass Übergangsmaßnahmen als Gelegenheiten zur Verbesserung unserer Gesellschaften betrachtet werden sollten, indem man demokratische Aspekte und soziale Gerechtigkeit in die Entscheidungsfindung über Umweltfragen einfließen lässt. Darüber hinaus können diese Maßnahmen weitere soziale und wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen

Das Auskommen der Arbeitnehmer sichern

33. Übergangsmaßnahmen sind erforderlich, um Arbeitnehmer vor den unvorhergesehenen Folgen der Maßnahmen gegen den Klimawandel zu schützen.

Schulung (berufliche Ausbildung in neuen und Umschulung für Arbeitnehmer in rückläufigen Sektoren). Verschiedene Studien⁶ haben Wirtschaftssektoren identifiziert, die hinsichtlich Abmilderungs- und Anpassungsmaßnahmen wesentliche Veränderungen erfahren werden. Die Gewerkschaften wissen, dass in einigen Fällen die einzigen Maßnahmen, mit denen den Arbeitnehmern ein menschenwürdiges und nachhaltiges Leben gesichert werden kann, darin bestehen, sie durch neue Qualifizierungs- und Schulungsmaßnahmen auf neue berufliche Tätigkeiten vorzubereiten. Diese müssen rechtzeitig geplant werden, da die Schulung von Arbeitskräften eine mittel- bis langfristige Strategie darstellt.

Soziale Schutzmaßnahmen einschließlich Krankenversicherung. Das Anrecht auf ein angemessenes Niveau von sozialen Schutzmaßnahmen wird in der Erklärung von Philadelphia⁷, den darauf folgenden IAO-Erklärungen sowie einer Reihe internationaler Beschäftigungsnormen als ein Grundrecht für alle Menschen

⁶ EGB-Studie über Klimawandel und Beschäftigung (Study on Climate Change and employment), 2007; 4. Klimabericht des Weltklimarats, Arbeitsgruppe II

⁷ Erklärung über die Ziele und Zwecke der Internationalen Arbeitsorganisation von Philadelphia.

anerkannt. Es wird auch weitgehend als ein Instrument zur Förderung des Wohlfahrtswesens und eines breiten sozialen Konsens betrachtet, als dienlich und unerlässlich für den sozialen Frieden und damit für verbessertes Wirtschaftswachstum und Leistungsvermögen. In einigen Ländern jedoch, insbesondere in Entwicklungsländern, bleibt die Wirklichkeit extrem weit hinter diesen Idealvorstellungen zurück (d. h. in den meisten Entwicklungsländern kommen weniger als 20 Prozent der Arbeitskräfte in den Genuss herkömmlicher Systeme zur sozialen Sicherung, in vielen Ländern südlich der Sahara⁸ sind es weniger als zehn Prozent). Für eine ungeheure Zahl von Arbeitnehmern bedeutet der Verlust des Arbeitsplatzes oder eine Erkrankung den unmittelbaren Verlust ihres Einkommens und letzten Endes des Krankenversicherungsschutzes, wodurch sie in bittere Armut und tiefste Not fallen.

„Soziale Schutzmaßnahmen sind das Werkzeug, das moderne Gesellschaften entwickelt haben, um die Verwundbarkeit einiger Bereiche ihrer Bevölkerung in den Griff zu bekommen. Soziale Schutzsysteme müssen parallel zu Anpassungsmaßnahmen greifen, da sie die Verwundbarkeit durch den Klimawandel verringern und die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere in Entwicklungsländern, festigen können.“⁹

Nach Feststellungen der IAO müssen soziale Schutzmaßnahmen angepasst werden, um gegenwärtige Probleme zu meistern, von denen der Klimawandel ohne jeden Zweifel eines der größten ist.

Sozialer Dialog und Koalitionsfreiheit. Im Zusammenhang mit dem Klimawandel ist es das Hauptziel des sozialen Dialoges, der von der Existenz demokratischer Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen abhängt, die die Sichtweise ihrer Mitglieder vertreten können, die Konsensbildung und die demokratische Einbeziehung der Hauptbeteiligten in der Arbeitswelt zu fördern. Erfolgreiche Strukturen und Verfahren im sozialen Dialog haben das Potenzial, bedeutende wirtschaftliche und soziale Probleme zu lösen, eine gute Regierungsführung zu unterstützen, soziale Stabilität und Arbeitsfrieden zu fördern und den wirtschaftlichen Fortschritt anzukurbeln.

Über den sozialen Dialog können Konflikte im Zusammenhang mit dem Klimawandel behandelt werden, beispielsweise:

- durch Förderung eines nachhaltigen Entwicklungsmodells und eines nachhaltig ertragsfähigen Systems.
- durch Förderung von Wirtschaftswachstum und Entwicklung mithilfe von Innovation und technologischen Möglichkeiten.
- durch wirtschaftliche Verbesserung und Schaffung einer besseren Beschäftigungssituation als ein Merkmal sozialen Zusammenhalts.
- durch Förderung der Sensibilisierung für den Klimawechsel sowie durch Verstärkung des Engagements der Sozialpartner und der vom Wandel betroffenen Sektoren.
- durch Vorbeugung, Vorwegnahme und Bekämpfung sozialer Auswirkungen, insbesondere im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit und der Beschäftigung.

Schutz des wirtschaftlichen Lebens von Gemeinden

34. Andere Übergangsmaßnahmen sind erforderlich, um sicherzustellen, dass das wirtschaftliche Leben in den vom Klimawandel oder von den dagegen ergriffenen Maßnahmen betroffenen Regionen weitergeht. Aus diesem Grunde fordern die Gewerkschaften neben Abmilderung und Anpassung auch Maßnahmen zur wirtschaftlichen Diversifizierung (zur vollständigen Eingabe der Gewerkschaften zu diesem Thema siehe:

http://unfccc.int/adaptation/sbsta_agenda_item_adaptation/items/3994.php)

35. Die Gewerkschaften schlagen folgende Mittel für die Hinwendung zur wirtschaftlichen Diversifizierung in durch Abmilderung (u. a. energieintensive Industrien, Straßentransporte) und Anpassung (klimaempfindliche Sektoren wie Landwirtschaft, Fischerei und Tourismus) verwundbaren Sektoren vor :

Den Wandel gemeinsam beherrschen Die Regierungen müssen den Informationsaustausch und den Dialog mit den Akteuren aus den Sektoren, die vom Klimawandel oder von den dagegen ergriffenen Maßnahmen betroffen sind, ins Leben rufen und institutionalisieren, damit im Vorfeld besser auf Auswirkungen reagiert und der Übergang besser begleitet werden kann.

Lokale und regionale Verfahren zur Informationssammlung sollten den sozialen Dialog fördern und die betroffenen Akteure wie Bausteine einbeziehen, um ihre Bedürfnisse bezüglich der wirtschaftlichen Diversifizierung besser zu verstehen. Eine Analyse der Gewinner und Verlierer sowie Maßnahmen zur Verringerung

⁸ Bericht des Generaldirektors der IAO über menschenwürdige Arbeit

⁹ Schulungshandbuch von UNEP, Sustainlabour und IGB zum Klimawandel

von Elend wären vonnöten. Weder Abmilderungs- noch Anpassungsmaßnahmen sollten Armut oder Verwundbarkeiten verschärfen.

Den Wandel „anheizen“. Die Regierungen müssen Anreize für „neue Unternehmungen“ schaffen. Auf der Anpassungsseite bedarf es der Solidarität der entwickelten Länder durch die Stellung von Geldmitteln, aber auch durch die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Kanalisierung der neuen Erzeugnisse aus den entwickelten Ländern.

Ohne Frage stellt die Umwandlung bestehender Unternehmungen in neue Wirtschaftssektoren schwerwiegende Investitionen für den Privatsektor dar. Die Regierungen müssen jedoch diesen Veränderungen den Weg weisen, da der Privatsektor auf Signale warten wird, bevor er aktiv wird. Die Gewerkschaften fordern die Regierungen auf, baldige Maßnahmen zur Finanzierung von Strategien zur wirtschaftlichen Diversifizierung zu ergreifen. Dies ist die einzige Möglichkeit, mit der Schutz und Verbesserung der Lebensumstände der verwundbarsten Gruppen gesichert werden können.

Den Wandel anvisieren. Die Regierungen sollten sich auf wirtschaftliche Aktivitäten wie Technologietransfer, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschulungen sowie Forschung und Entwicklung konzentrieren. Ein Schwerpunkt auf Arbeit im Umweltschutz könnte den Nutzen vervielfachen.

Geldmittel für wirtschaftliche Diversifizierung müssen in Pilotprojekte, Ausbildung, Forschung und Entwicklung sowie in die Identifizierung von „Nischen“ für Arbeit im Umweltschutz fließen.

Anzahl und Art der geschaffenen Arbeitsstellen müssen durch vereinbarte Kriterien bewertet werden; dadurch kann der Nutzen für Wirtschaft und Umwelt vervielfacht werden. Die Gewerkschaften fordern die Regierungen auf, die Verminderung der Armut und die Anpassung an den Klimawechsel durch die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze im Umweltschutz zu fördern, da diese Formen der Beschäftigung zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum beitragen und die Menschen aus der Armut herausholen – dies ist der wichtigste Weg zur Verringerung der Verwundbarkeit durch den Klimawandel.

Eröffnung des Dialogs, Stärkung der Fähigkeiten der Sozialpartner

36. Der Dialog mit der Zivilgesellschaft muss die Gewerkschaften in den Entscheidungsfindungsprozess mit einbeziehen, damit Anpassung an den Klimawandel und dessen Abmilderung Erfolg haben. Es müssen Mechanismen zur Beteiligung an der Entscheidungsfindung über den Klimawandel auf internationalem, nationalem, bereichs- und arbeitsplatzbezogenem Niveau eingerichtet werden.

37. Wenn die Rechte der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz im Hinblick auf Produktionsentscheidungen anerkannt werden, kann Mitbestimmung erfolgreich gedeihen. Der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung hat dazu aufgerufen, dass die Unterstützung der „Erklärung über Grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit“ der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) durch die Länder integriert wird; COP13 muss diesen Aufruf befolgen und die Einführung von internationalen Beschäftigungsnormen, auf die sich diese Erklärung bezieht¹⁰, fördern.

38. Wir fordern die Regierungen auf, Gesetze und Vorschriften zu erlassen oder zu verschärfen, die die Rechte am Arbeitsplatz, die Rechte als Arbeitnehmer und die Mitbestimmung sicherstellen, beispielsweise durch Freistellung für Schulungsmaßnahmen oder für die Erfüllung ökologischer Pflichten oder gegebenenfalls durch Unterstützung der bezahlten Freistellung von Umweltschutzvertretern. (weitere Rechte sind in Nr. 50 weiter unten genannt).

39. Die Regierungen müssen bewährte Praktiken, bei denen Arbeitnehmer und Gewerkschaften einbezogen werden, sowie den Informationsaustausch hierüber zwischen den Ländervertretern aktiv unterstützen. Der nachfolgend dargestellte Fall einer bewährten Praxis in Spanien stellt ein gutes Beispiel für eine erfolgreiche Beteiligung von Arbeitnehmern und Gewerkschaften bei der Entscheidungsfindung hinsichtlich des Klimawandels dar.

¹⁰ Die IAO-Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit ist Ausdruck einer von Regierungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen eingegangenen Verpflichtung, grundlegende menschliche Werte aufrechtzuerhalten, die für unser gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben unerlässlich sind. Die Erklärung deckt vier Bereiche ab: Koalitionsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen (festgeschrieben in den IAO-Übereinkommen 87 und 98); das Verbot von Zwangs- und Pflichtarbeit (festgeschrieben in den Übereinkommen 29 und 105), die Abschaffung von Kinderarbeit (festgeschrieben in den Übereinkommen 138 und 182), das Verbot von Diskriminierung am Arbeitsplatz (festgeschrieben in den Übereinkommen 100 und 111). Siehe auch: <http://www.ilo.org/dyn/declaris/DECLARATIONWEB.INDEXPAGE>

Spanische Regierung, Gewerkschaften & Unternehmen rufen Drei-Parteien-Plan gegen den Klimawandel ins Leben

Im Jahre 2005 wurde von der spanischen Regierung - gemeinsam mit den führenden Gewerkschafts- und Unternehmensverbänden des Landes - eine richtungsweisende Vereinbarung angenommen, die beinhaltet, die gemeinsame Aufsicht über die nationale Einhaltung des Kyoto-Protokolls zu institutionalisieren. Sowohl die Confederación Sindical de Comisiones Obreras (CC.OO.) als auch die Unión General de Trabajadores (UGT) beteiligen sich an der Vereinbarung, neben der spanischen Regierung und der beiden führenden Unternehmensverbände in Spanien. Die Vereinbarung schafft eine Plattform für einen trilateralen sozialen Dialog zur Thematik des Klimawandels, indem sie die Seiten unter dem Dach „Runder Tisch“ zusammen bringt, eine Diskussionsrunde, die die Verantwortung für die Verfolgung, Überwachung und Bewertung von Problemen übernimmt, um die nationale Einhaltung des Kyoto-Protokolls zu steuern.

Die Vereinbarung hat sich zum Ziel gesetzt, „die potenziell nachteiligen sozialen Auswirkungen, die sich aus der Einhaltung des Kyoto-Protokolls ergeben könnten, insbesondere solche in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, zu verhindern, zu vermeiden bzw. zu reduzieren.“

In 2007 fand die zweite Runde des Sozialen Runden Tisches mit Vertretern des Spanischen Gewerkschaftsbundes und Unternehmensverbänden, gemeinsam mit den Ministerien für Umwelt, Arbeit und Wirtschaft, statt. Sieben nachfolgende Runde Tische wurden dann organisiert, jeweils einen für jeden Wirtschaftssektor, mit dem Zweck, die zwingend notwendigen Reduzierungen an Treibhausgasemissionen in Nationalen Allokationsplan (NAP) zu besprechen. Eine erste Zusammenkunft für die Bereiche Wohnen, Handel und Gewerbe und die Verkehrsbranche wurde organisiert. Dies war das erste Mal, dass sich Vertreter von Regierung, Gewerkschaften und Wirtschaft zusammengefunden haben, um nach Lösungen für die zunehmenden Treibhausgasemissionen, verursacht durch die jeweilige Branche, zu suchen.

Innerhalb dieses Rahmenprogramms zu Klimawandel, Beschäftigung und Einkommen hat die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) eine Studie zu den Runden Tischen begonnen, die folgende Punkte dokumentieren und analysieren soll:

- Rolle und Funktion der Runden Tische als Institutionen sowie
- die spezifischen Herausforderungen und Chancen, denen wir uns in den einzelnen Wirtschaftsbereichen gegenübersehen, und die Schritte, die daraufhin durch die Runden Tische vorgeschlagen bzw. unternommen werden.

Die Studie, die von Sustainlabour durchgeführt wird, befindet sich in der Endphase und wird demnächst veröffentlicht werden.

40. Eine Unterstützung für Capacity Building unter der berufstätigen Bevölkerung und in den Gewerkschaften muss das volle Engagement der Beschäftigten auf dem Gebiet von Initiativen gegen den Klimawandel erstreben, insbesondere über Bildung und Ausbildung. Gewerkschaften sind ein wichtiger Anbieter von Schulungs- und Bildungsmaßnahmen weltweit. Mit Hilfe gewerkschaftsbasierter Bildungsprogramme sollten Möglichkeiten ergriffen werden, das Bewusstsein der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter für den Klimawandel zu schärfen, besonders, weil es allgemein bekannt ist, dass die Auswirkungen dieses Klimawandels direkt in den häuslichen Bereich und auf die Kommunen überquellen. Zur Stärkung und Untermauerung dieser gewerkschaftlichen Bestrebungen rufen wir die COP13 auf.

UNEP & Sustainlabour starten Schulungsprogramm für Arbeitnehmer

Sustainlabour und UNEP haben ein 2-Jahres-Programm „Arbeit und Umwelt“ für Afrika, Asien und Lateinamerika begonnen. Das Programm wird von der spanischen Regierung unterstützt und soll einen Beitrag zum Capacity Building in den Gewerkschaften in zukunftsfähigen Entwicklungsbereichen leisten – unter anderem im Bereich Klimawandel. Eine der ersten Maßnahmen ist die Ausarbeitung eines Schulungshandbuches zum Thema Klimawandel, in dem Gewerkschaftsmitglieder umfangreiche Informationen zum Klimawandel und dessen Auswirkungen finden, und – spezieller – dessen Einfluss auf Beschäftigung und welche Maßnahmen die Gewerkschaften gegen den Klimawandel ergreifen.

Im Verlauf des Jahres 2008 wird es folgende Aktivitäten geben: eine weltweit anberaumte Konferenz zur Bildung von Ausbildern („Train the Trainers“), ein regional durchzuführender Schulungszyklus in Asien und ein weiterer dieser Art in Lateinamerika.

Diese Schulungen haben das Ziel, Kapazitäten im Bereich folgender Problemstellungen zu schaffen:

- Klimawandel und seine Folgen: Abschwächung, Anpassung, Ökonomie des Klimawandels, die internationale Kontrolle des Klimawandels, Auswirkungen des Klimawandels auf die Beschäftigungssituation;
- Auswirkungen der Anpassung an den Klimawandel auf Beschäftigung: Maßnahmen, um die Anpassung an den Klimawandel voranzutreiben und Schaffung angemessener, umweltverträglicher Arbeitsplätze, regionale und branchenspezifische Beispiele, wie man dem Klimawandel zuvorkommen kann – Maximieren positiver und Minimierung negativer Effekte;
- Effekte der Abschwächung des Klimawandels auf Beschäftigung, Maßnahmen, um die Abschwächung voranzutreiben und Schaffung angemessener, umweltverträglicher Arbeitsplätze, Chancen für Synergien: Abschwächung des Klimawandels und sauberere Produktion, wie man dem Klimawandel zuvorkommen kann – Maximieren positiver und Minimierung negativer Effekte
- Wie kann eine Einbeziehung der Gewerkschaften in die Entscheidungsfindung zu Strategien/ Richtlinien gegen den Klimawandel gewährleistet werden: Wie können Initiativen von Arbeitnehmern und Gewerkschaften am Arbeitsplatz zu einer Emissionsreduzierung beitragen, was tun wir derzeit dafür? – Maßnahmen der Gewerkschaften und praktische Beispiele.

Finanzierung von Klimapolitik

41. Wir befinden uns derzeit am Anfang des Prozesses, in dem wir die realen Kosten für die Minderung von Treibhausgasemissionen und eine Anpassung an den Klimawandel ermitteln. Die Minderungskosten könnten gewaltig erscheinen, selbst, wenn Fachleute meinen, sie seien niedrig im Vergleich zu den letztendlich anfallenden Kosten des Nichthandelns. Zusätzlich sollten die Regierungen in der Lage sein, den Finanzfluss in derartige Investitionen umzulenken, da die meisten dieser Anstrengungen in entwickelten Ländern unternommen werden sollten, in denen Mechanismen zur Förderung von Forschung, Innovation und Investitionen vorhanden sind. Wir müssen die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit lenken, langfristige und nichtspekulative Investitionen voranzubringen, da z.B. Investitionen in Technologien mit niedrigem Kohlendioxidausstoß einen langfristigen Zeithorizont benötigen, bis sie sich amortisiert haben.

42. Die Gewerkschaften betonen die Rolle der Dienstleistungen in Bereichen wie z.B. Bildung, Gesundheitswesen und Verkehr sowie des Zugangs zu Energie zur Deckung der Grundbedürfnisse. Diese leisten einen entscheidenden Beitrag zu einer fairen und effizienten Klimapolitik. (Eine effiziente Klimapolitik erfordert hochqualifizierte Arbeitskräfte, Forschungskräfte und Ingenieure; öffentliche Verkehrsmittel helfen, die Treibhausgase zu verringern und erweitern die Möglichkeiten für Arme, mobil zu sein). Die Gewerkschaften sind der Meinung, dass ein faires und nach dem Umverteilungsprinzip wirkendes Steuersystem eine Hauptquelle für die Finanzierung eines qualitativ hochwertigen Dienstleistungsbereiches ist. Regierungen sind in der Lage, Dienstleistungskosten zwischen Reichen und Armen aufzuteilen und eine Infrastruktur zum Aufbau von Wohlstand und Vermögen eines Landes zu entwickeln. Das häufig gestellte Forderung an Regierungen, den Dienstleistungsbereich zu privatisieren, um Beihilfen oder Kredite zu erhalten, kann die Auswahlmöglichkeiten der Regierung begrenzen und ihnen das Recht aberkennen, über qualitativ hochwertige Dienstleistungen langfristig zu investieren.

43. Die Gewerkschaften sind äußerst besorgt angesichts des Finanz- und Investitionsbedarfs für die Anpassung an den Klimawandel. Mehrere Berichte¹¹ sind zu der Einschätzung gekommen, dass der Bedarf an Investitionen (von denen die meisten in den Entwicklungsländern getätigt werden müssen) sich auf mehrere zehn Milliarden Dollar bzw. Euro beläuft.

¹¹Stern Review zur Ökonomie des Klimawandels, 2006, HM treasury, UK; Haites, Erik – Investitions- und Finanzmittel, die für die Minderung der Folgen des Klimawandels im Jahr 2030 erforderlich sind, 2007; Smith, Joel – Vorläufige Schätzungen für Zusatzinvestitionen und Finanzmittel, die für die Anpassung an den Klimawandel im Jahr 2030 erforderlich sein werden, 2007, Margaree consultants; Freunde der Erde, Klimawandel – die Kosten des Nichthandelns, 2006

Wasserversorgung, Gesundheitswesen und Infrastruktur wurden als die sensibelsten Bereiche identifiziert, in denen Investitionen dringend getätigt werden müssen. In Entwicklungsländern haben diese Bereiche sowohl an öffentlichem als auch am privaten Investitionsrückstand gelitten. Mit öffentlichen Geldern ist es nicht gelungen, Millionen von Bürgern Zugang zu den grundlegendsten Dienstleistungen zu ermöglichen (zu solchen, die ebenfalls am meisten unter dem Klimawandel zu leiden haben werden). Dies lässt sich durch viele Ursachen erklären, einschließlich durch Mangel an Ressourcen (begrenzte Steuereinnahmen, verringerte Zuflüsse an Entwicklungshilfegeldern), sowie schlechte Regierungsführung (willkürliche Politik in Bezug auf öffentliche Güter). Ein Analyse privater Beteiligungen in diesen Bereichen in den Entwicklungsländern zeichnet ein noch negativeres Bild (einschließlich der Reduzierung der Zugangsmöglichkeiten zu Dienstleistungen für die ärmsten Bevölkerungsschichten)¹². Die kurzfristige Orientierung auf Finanzströme aus privater Hand machen diese Bereiche weniger interessant, und wenn Investitionen vorhanden sind, so sind ungerechte, profitorientierte Verhaltensweisen zu erwarten, da Dienstleistungen wie Wasserversorgung und Gesundheitswesen im Wesentlichen gemeinnützig sind.¹³

44. Wird der Konsens im Hinblick auf die Notwendigkeit der Festlegung von Richtlinien für die Anpassung an den Klimawandel diesen Trend umkehren? Gewerkschaften glauben, dass dies nicht automatisch passieren wird. Es muss eine pro-aktive Politik betrieben werden, damit langfristige Investitionsflüsse in diese Bereiche gelenkt werden. Eine demokratische Regierungsführung, die Stärkung des einheimischen Steuersystems, eine deutliche Förderung der Staatsausgaben seitens der internationalen Finanzinstitutionen, all das sind potentielle Wege für das Erreichen von zukunftsfähigen Investitionen in diesen Branchen.

45. Die Gewerkschaften unterstützen einen Prozess, bei dem die UNFCCC mit der bürgerlichen Gesellschaft arbeitet, um die Auswirkungen der Handelspolitik und der Vereinbarungen bei der Welthandelsorganisation WTO und anderswo auf Maßnahmen festzustellen, die für eine Bekämpfung des Klimawandels erforderlich sind und um zu gewährleisten, dass dort, wo ein Konflikt zwischen einer solchen Handelspolitik und der Notwendigkeit zum Handeln gegen den Klimawandel besteht, die Regierungen auf allen Ebenen den politischen Spielraum haben, dem Klimawandel den Vorrang zu geben. Zum Beispiel darf es internationalen Patentschutzsystemen, wie TRIPS (Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums), nicht gestattet werden, eine Zusammenarbeit zu behindern, die sicherstellen soll, dass Entwicklungsländer Zugang zu vorhandenen und neuen Technologien gegen den Klimawandel haben.

46. Öffentlich finanzierte Forschungsarbeit, Innovation und Entwicklung müssen den Vorrang erhalten, diese müssen kapitalkräftig sein, denn sie leiden heute unter den Auswirkungen eines langjährigen Desinteresses und von Investitionsdefiziten.

Der Arbeitsplatz: Ein Handlungsfeld für die Klimapolitik

47. Die Befürwortung einer Klimaschutzpolitik durch die Arbeitnehmer wird sich verstärken, wenn Fragen der Beschäftigung und Sicherung des Lebensunterhalts in den Mittelpunkt von Politik und Entscheidungsfindung gerückt werden. Dies ist erstens deshalb wichtig, weil es im Produktionsbereich und während der Lebensdauer eines Erzeugnisses zu einer Reduzierung von Treibhausgasen führen wird. Da Arbeitsplätze Energie und andere Ressourcen verbrauchen und Abfall hinterlassen, ist es entscheidend, dass eindeutige Ziele für Arbeitsplätze hinsichtlich ihrer Energieeffizienz, Abfallreduzierung und Reduzierung von Treibhausgasen (insbesondere von CO²) mit branchenspezifisch und auf nationaler Ebene durchgesetzten Strategien zur CO²- und Abfallreduzierung verbunden werden. Da drei Viertel aller Treibhausgase aus der Industrie, der Energieerzeugung bzw. -versorgung, aus dem Verkehr und Bauwesen kommen, könnten Maßnahmen an Arbeitsplätzen für das Erzielen von Veränderungen in diesen Bereichen bedeutsam sein.

48. Zweitens bringen die Resultate solcher Bemühungen beträchtliche Welleneffekte im persönlichen und gemeinschaftlichen Verbrauchsverhalten der Arbeitnehmer mit sich.

¹² Public Services International Research Unit, PSIRU. <http://www.psir.org>

¹³ Zitat aus einer neuerlichen Publikation, „öffentliche Behörden, Entwicklungsbanken, Geldgeber und andere sollten die Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik in der Wasser- und Abwasserwirtschaft und im Stromversorgungsbereich/ in der Stromerzeugung überdenken. Es gibt eine allseits bekannte und bewährte Alternative, die in der Branche der öffentlichen Versorger zur Verfügung steht, welche die Risiken vermeidet, dass Unternehmensstrategien in Ihrer Folge Schäden im sozialen und Umweltbereich hervorbringen (Hall, 2001; Gabriele, 2004). Öffentliche Betreiber haben natürlich eigene Erfahrungen mit ihren Problemen, auf Grund von Mängeln im institutionellen Regelwerk (Mangel an Verantwortung von einzelnen Managern, Mitarbeitern oder Politikern), jedoch nicht durch die eigene Unfähigkeit öffentlicher Einrichtungen, sowohl effektiv, effizient und vernünftig, als auch umweltverträglich zu sein. Die Politik sollte eher darauf begründet sein, solide institutionelle und betriebswirtschaftliche Richtlinien zu entwickeln, worin transparente und Mitbestimmungssysteme, geprägt von Verantwortungsübernahme, enthalten sind, als auf Privatisierung“. David Hall und Emanuele Lobina / *Natural Resources Forum* 28 (2004) 268–277.

49. Es besteht die Notwendigkeit, auch für eine präventive Herangehensweise in Bezug auf das Vorbereitetsein der Arbeitsplätze für den Klimawandel zu werben, gestützt durch eine eindeutige Regierungspolitik und klare Rechtsvorschriften und eine Diskussion an den Arbeitsplätzen. Die Themen Klimawandel und Anfälligkeit gegen extreme Wettererscheinungen sollten in allen Branchen etabliert werden, und von jetzt an muss eine proaktive Anpassungsstrategie verfolgt werden.

Norwegische Gewerkschaften rufen einen Klimastrategieplan ins Leben

Der Klimastrategieplan des norwegischen Gewerkschaftsverbandes (LO Norwegen) definiert Bereiche, Prozesse und Ziele für eine Mitwirkung der Gewerkschaft an einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Er ruft zur Umsetzung von Technologien und zu Änderungen im Produktions- und Verbrauchsverhalten auf. Der Plan stellt Herausforderungen und Potentiale in den verschiedensten Bereichen vor, d.h. Umwelttechnologie, kohlenstoffbasierte Energiequellen, erneuerbare Energien, energieintensive Industriezweige, flexible Mechanismen, Verkehr, Tourismus, Konsum und Einkauf, Abfall, örtliche und regionale Verwaltung, Mitwirken von Sozialpartnern am Arbeitsplatz.

Der LO möchte damit das Bewusstsein für klimabewusstes Handeln in Norwegen schärfen - durch Einbeziehung der Gewerkschaften und der einzelnen Mitglieder in eine gemeinsame Initiative und durch Inspiration für diese Initiative. Der Plan unterstreicht die Notwendigkeit nach politischer Courage, adäquaten Mitteln und nach einer generellen Änderung der inneren Einstellung bei den Menschen. Er zeigt Bereiche auf, in denen es Potenziale für beachtliche Emissionsreduzierungen gibt und mahnt die Regierung, diverse kurz- und langfristige Maßnahmen einzuleiten. Der LO ruft dazu auf, die vor uns liegenden Schwierigkeiten und Probleme auf breiter nationaler Ebene zu erkennen. Alle Bürger sollten dazu beitragen, die Kosten sollten gleichmäßig verteilt werden. Geringverdienender sollten dabei nicht berücksichtigt werden. Der LO betrachtet das Klimaproblem als symptomatisch für weiter reichende Probleme, die die globale, nachhaltige Entwicklung betreffen. Durch ein allgemeines Erwachen und Erkennen dieser Probleme sieht der LO die Möglichkeit, die Lebensqualität der Menschen in vielerlei Hinsicht zu verbessern.

49. Eine umweltverträgliche Mobilität, wie z.B. Heimarbeitsplätze (in itinere) oder Pläne für Mobilität 'im Auftrag' liefern gute Beispiele für kooperative und erfolgreiche Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Initiativen. Außerdem stärken sie den Gedanken, dass es Lösungen mit Gewinn für beide Seiten sind, wo wir mittels Bekämpfung der Emissionen die Fälle sozialer Ausgrenzung reduzieren können. So werden z.B. in den Mega-Städten der Dritten Welt Arbeitnehmer und arme Menschen von den öffentlichen Verkehrsmitteln ausgegrenzt. Hier sollte eine gut gestaltete und richtig finanzierte Reform diese Bürger in die Lage versetzen, an einer besseren Luftqualität, einer verbesserten Integration in das soziale und wirtschaftliche Leben und an einer umweltverträglichen Art und Weise der Realisierung des städtischen Nahverkehrs zu partizipieren.

In Spanien arbeitet zum Beispiel die Gewerkschaft Comisiones Obreras (CC.OO.) derzeit an 'Mobilitätsplänen' für Unternehmen und Gewerbegebiete. Einschränkungen bei der Nutzung von Kraftfahrzeugen, Verbesserungen im öffentlichen Nahverkehr, Einführung von Busverbindungen zwischen Arbeitsplatz und nächstgelegenen Bahnhof sowie Werbung für Fahrräder sind einige der wichtigsten vorgeschlagenen Maßnahmen. Derzeit wird geprüft, wie die Fahrtkosten für Arbeitnehmer, die öffentliche Verkehrsmittel nutzen, mittels Tarifabkommen übernommen werden können. Die CC.OO. hat auch Schulungsveranstaltungen für „Mobilitätsmanager“ und Gewerkschaftsvertreter, die für die Verhandlungen und Folgepläne verantwortlich sind, durchgeführt, sowie Maßnahmen in Unternehmen und Wohnorten realisiert. Zusätzlich wurde der Regierung ein Vorschlag unterbreitet, Betriebe mit mehr als 200 Beschäftigten dazu zu bringen, Mobilitätspläne einzuführen.

50. Solche Strategien werden nicht nur zu einer breiteren Befürwortung von Bemühungen zur Abschwächung des Klimawandels führen, sondern auch zu einer besseren Anwendung der Anpassungsmaßnahmen, einschließlich Katastrophenhilfe führen. Folgende Vorbedingungen sind zu erfüllen, damit die Einhaltung der Bestimmungen und Maßnahmen des Kyoto-Protokolls durch die einzelnen Staaten effektiv gewährleistet ist:

- *Mitwirkungsrecht:* Arbeitnehmer haben, wenn es um Umweltfragen an ihrem Arbeitsplatz geht, das Recht auf Mitwirkung an Entscheidungsfindungsprozessen, die von Gewerkschaftsvertretern im gemeinsamen Ausschuss für Gesundheit und Arbeitssicherheit oder von gewählten Verantwortlichen für Arbeitsplatzsicherheit und -ergonomie durchgeführt werden, oder auch von den neuen Umweltausschüssen.
- *Recht auf Information:* Arbeitnehmer haben das Recht, über Umweltgefährdungen im Arbeitsumfeld unterrichtet zu werden, sobald diese festgestellt und beurteilt werden und die Informationen zu diesen

Gefährdungen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern über Beschilderungen, Material sicherheitsdatenblätter und Mitarbeiterschulungen zur Kenntnis gegeben werden. Dieser Standard gilt derzeit für Chemieproduzenten bzw. Importeure chemischer Erzeugnisse, muss jedoch ausgeweitet werden, um auch Fragen zu erfassen, die auf den Klimawandel zurückzuführen sind, d.h. das Recht auf Information über Emissionen am Arbeitsplatz, zur Auswahl zur Verfügung stehender Technologien und zu Vorhaben zur Energieeinsparung, Energienutzung und Effizienz.

- *Schutz von Zeugen/Hinweisgebern:* Ein Arbeitnehmer/eine Arbeitnehmerin darf nicht zur Verantwortung gezogen oder disziplinarisch bestraft werden, wenn er/sie Methoden am Arbeitsplatz meldet, von denen ehrlicherweise davon ausgegangen werden kann, dass sie eine Gefahr für die Umwelt darstellen.
- *Recht auf Ablehnung gefährlicher Arbeiten:* Ein Arbeitnehmer/eine Arbeitnehmerin darf nicht zur Verantwortung gezogen oder disziplinarisch bestraft werden, wenn er/sie es ablehnt Arbeiten auszuführen, von denen er/sie ehrlicherweise glaubt, dass diese Arbeiten eine unmittelbare bzw. ernsthafte Bedrohung für seine/ihre Gesundheit oder für die Gesundheit anderer Arbeitnehmer darstellen könnte.
- *Recht auf Ablehnung von Arbeiten, die die Umwelt schädigen:* Ein Arbeitnehmer/eine Arbeitnehmerin darf nicht zur Verantwortung gezogen oder disziplinarisch bestraft werden, wenn er/sie es ablehnt Arbeiten auszuführen, von denen er/sie ehrlicherweise glaubt, dass diese Arbeiten eine unmittelbare bzw. ernsthafte Bedrohung für die Umwelt darstellen könnten.

51. Um die Umsetzung solcher Prinzipien zu erleichtern, ist eine große Anzahl von Problemen der Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen einer Revision zu unterziehen, insbesondere die derzeit geltenden 2,3 Millionen Tarifverträge. Diese stellen die Grundlage einer langen Tradition von Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaft bei der gemeinsamen Formulierung und Verwaltung von Arbeitsplatzrichtlinien dar. Viele von diesen Regelungen können direkt als mögliche Werkzeuge für Maßnahmen am Arbeitsplatz gegen den Klimawandel verwendet werden.

52. Gleichzeitig müssen Verknüpfungen zwischen Maßnahmen am Arbeitsplatz und Instrumenten auf internationaler Ebene, die sich mit dem Thema Umwelt auseinandersetzen (z.B. die Aarhuser Konvention über den Zugang zu Informationen oder die Rotterdamer Konvention über die vorherige Zustimmung nach Innenkenntnissetzung) und andere Konventionen, die Umweltmaßnahmen enthalten (z.B. die Konventionen der IAO über Chemikalien und Arbeitsschutz) untersucht und weiter entwickelt werden.

53. Der Effekt des In-den-Mittelpunkt-Stellens der Arbeitnehmer, der Arbeit und ihres Wohnumfeldes könnte zur Schaffung einer neuen Kultur am Arbeitsplatz für den Klimaschutz führen. Ein Beispiel für bewährte Praxis aus Großbritannien macht deutlich, welche Schritte unternommen werden können, um eine solche Entwicklung zu fördern.

Begrünung von Arbeitsplätzen

Das Projekt „Greenworkplace“ der TUC, das durch den Carbon Trust der Regierung finanziert wird, hat von der Gewerkschaft geleitete Initiativen unterstützt, die eine Senkung des Energieverbrauchs an 6 exemplarischen Arbeitsplätzen in ganz Großbritannien – bei Corus Steelworks, Friends Provident (Finanzdienstleister), DEFRA (das Umweltministerium der Regierung), in der Hauptniederlassung der TUC, bei Scottish Power und im British Museum vorsieht.

Alle Projekte haben die Gewerkschaften bei der Durchführung von Mitarbeiterumfragen, „grünen“ Tagen der Offenen Tür, von Schulungen für „Umweltrepräsentanten der Gewerkschaften“ unterstützt und Hilfe für Verhandlungen mit dem Management geleistet. Der Grad des Engagements (Zahl der Freiwilligen, die als „Umweltrepräsentanten der Gewerkschaften“ arbeiten möchten etc.) war wesentlich höher als bei solchen Initiativen, die ausschließlich vom Management initiiert worden waren. Dies führte zu neuen Verhandlungsstrukturen, wie z.B. zur Gründung gemeinsamer Umweltausschüsse und zum Abschluss bzw. zur Ausarbeitung formeller Vereinbarungen über Arbeitszeit, die seitens der „Umweltrepräsentanten der Gewerkschaften“ für Tätigkeiten in Umweltprojekten aufgewendet werden soll. Die Anzahl der beteiligten Personen war ebenfalls höher, als die Anzahl der Beteiligten an anderen Gewerkschaftsinitiativen, was das Potential zum Organisieren und zur Anwerbung von Personal zeigt.

Die „Umweltrepräsentanten der Gewerkschaften“ führten auch Energie-Audits am Arbeitsplatz durch und entwickelten neue Methoden, den Arbeitnehmern das Thema „Energieverbrauch“ leicht verständlich zu vermitteln. Dies hat zu realen Energieeinsparungen geführt – so hat zum Beispiel die TUC ihren Energieverbrauch zur Nachtzeit halbiert (und

ihr Restmüllaufkommen um 40 Prozent reduziert), und das British Museum hat seinen Stromverbrauch um sieben Prozent reduziert.

54. Arbeitsplatzprogramme sollten Arbeitnehmer und ihre Interessenvertreter dazu anregen, sich mit dem Arbeitgeber zu engagieren und herauszufinden, wo die Effizienz erhöht werden kann. Eine gemeinsame Festlegung der Ziele, gemeinsame Kontrolle und Überwachung, das gemeinsame Führen von Aufzeichnungen und die gemeinsame Umsetzung sollten als entscheidende Aspekte von Umweltmanagementsystemen bzw. von Arbeitsschutz-Managementsystemen angeregt werden - in Verbindung mit Tarifverträgen und anderen gesonderten Partnervereinbarungen. Dort, wo freiwillige Maßnahmen umgesetzt werden, müssen seitens der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsame Kontroll- und Berichtsverfahren entwickelt und in die Tat umgesetzt werden. Effektive und geeignete Inspektionssysteme, verbunden mit Schulungen zum Capacity Building, müssen als Mittel zur Stärkung solcher Initiativen und zur Gewährleistung ihrer Authentizität betrachtet werden.

Der Japanische Gewerkschaftsbund RENGO führt seine Kampagne „Eco-Life 21“ durch

Mit Blick auf Energieeinsparung, Abfallreduzierung und die sinnvolle Verwendung von Papiererzeugnissen hat der 6,5 Millionen Mitglieder zählende Japanische Gewerkschaftsbund (JTUC-RENGO) im Jahre 1998 eine Reihe von Initiativen im Rahmen seiner Kampagne „RENGO Eco-Life 21“ gestartet.

Die Kampagne „Eco-Mode – keine Krawatte, kein Sakko“ findet während des 'Aktionsmonats der Gewerkschaften gegen die globale Erwärmung' (Juni/September) statt, wenn die Zimmertemperatur am Arbeitsplatz und zu Hause bis zu 28°C beträgt und die Menschen sich Abkühlung verschaffen, indem sie einfach ihre Krawatten ablegen und ihre Kleidung lockern.

In der Gewerkschaftskampagne „Lichtdimmen“ wird die Beleuchtung während der Sommersonnenwende für 2 Stunden ausgeschaltet. Weiterhin soll mit der Gewerkschaftskampagne „Eco-Beutel“ von der Verwendung von Plastikbeuteln abgeraten werden. Dazu werden in ganz Japan Veranstaltungen durchgeführt, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf Umweltprobleme zu lenken.

Mit der beträchtlichen Mitgliederzahl von RENGO haben diese Maßnahmen die Wirkung, dass sie in der Arbeitswelt Fuß fassen und sich auf lange Sicht in der Gesellschaftsstruktur verfestigen.

Die Verabschiedung des Kyoto-Protokolls im Jahre 2005 hat Japan gesetzlich verpflichtet, die Treibhausgasemissionen auf ein Niveau von sechs Prozent unter dem Wert von 1990 zu reduzieren - während der ersten zugesagten Phase, die 2008 beginnt und noch bis 2012 andauert. Obwohl die derzeitige Situation relativ schwierig ist und in Anbetracht dessen, dass die Reduzierung in Höhe von sechs Prozent eine internationale Verpflichtung für Japan ist, das es zu erfüllen gilt, drängt der Gewerkschaftsbund JTUC-RENGO Regierung und Wirtschaft zur Durchführung praktischer, effektiver Maßnahmen, während er seine Arbeit an der Kampagne „RENGO Eco-Life 21“, an der auch Gemeinden und Familien beteiligt sind, weiter fortsetzt.

Technologische Optionen und soziale Verantwortung

55. Auswirkungen neuer Technologien oder Auswirkungen von Technologietransfer auf den Sozialbereich, die Beschäftigung und die Umwelt müssen als eine Vorbedingung für die Förderung und Forcierung solcher Technologien behandelt werden. Öffentliche Mittel für Forschung und Entwicklung in diesem Bereich müssen dazu dienen, die negativen Auswirkungen auf den sozialen Bereich und die Umwelt zu prognostizieren und zu unterbinden.

56. Innovation und Technologietransfer sollten innerhalb eines Rahmenwerkes von Regierungsverordnungen, Beschaffung und Investition stattfinden. Die Regierungspolitik sollte relevante Ziele setzen und gewährleisten, dass neue Technologien tatsächlich dazu dienen, die Einhaltung ihrer Zielsetzungen zu garantieren. Capacity Building von Arbeitnehmern muss ein Merkmal der Umsetzung des technologischen Wandels sein.

57. Trotzdem wird der technologische Fortschritt allein nicht ausreichend sein, um dem Klimawandel den Kampf anzusagen. Wir brauchen enorme gesellschaftliche Veränderungen, die auf Veränderungen im Verhalten der Menschen gerichtet sind, sowie das Engagement der Bürger.

58. Die Technologie ist heute bereits in der Lage, eine kohlenstoffintensive Zukunft zu vermeiden, sie muss jedoch in großem Maßstab eingesetzt werden. Durch die Anwendung von Instrumenten der Politik in Kombination mit derzeit zur Verfügung stehenden Technologien, kann ein Fortschritt erzielt werden. Das sind zum Beispiel:

- *Energieeinsparung* durch gezieltes Management der Nachfrageseite, durch verstärkte Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, die Entwicklung von Energiedienstleistungen, wie z.B. neue Lichtquellen und Wohnbaumodernisierung;
- *Energieeffizienz* durch höhere Kraftstoffausbeute bei Fahrzeugen und Maschinen, hohe Effizienz im Bauwesen und bei der Beheizung von Gebäuden und effizientere Kraftwerke, kombiniert mit dezentralisierten und Kleinerzeugerstrategien für Haushalte und kleinere Gemeinden;
- *Investitionen in ein Mix von sauberen, grünen und nachhaltigen Energiequellen*, mit zukunftsfähiger Elektrizität und Brennstoffen, einschließlich Windkraft, Solarenergie und geothermischer Energie, einigen Formen von Biomasse, Mikrohydroenergie, und – besonders für die Nutzung während der Übergangsphase - saubere Kohle, Spitzentechnologiefahrzeuge, einschließlich der öffentlichen Verkehrssysteme, Erdgaskraftwerke und *effiziente Heizkraftwerke (engl. CHP) mit unterschiedlichen Kapazitäten* – je nach Bedarf an Strom und Wärme.

Schwedisches TCO Eco-Zeichen veranlasst Gewerkschaften zu Aktionen gegen den Klimawandel

Das TCO Eco-Zeichen, das von Gewerkschaften entwickelt wurde und sich an über der Hälfte aller heute weltweit verkauften PC-Monitore wieder findet, hat jetzt seine Gültigkeit auf mehr als 7000 Artikel ausgedehnt, was eine Senkung von über 25 Millionen Tonnen der klimaschädlichen CO₂-Emissionen pro Jahr bedeutet: http://www.global-unions.org/pdf/ohsewpO_O2Ae2.EN.pdf

Die ursprünglich 1992 von der Swedish Confederation of Professional Employees (TCO) geschaffene TCO-Entwicklungsabteilung wurde zu dem Zweck eingerichtet, die exponentielle Zunahme der TCO-Eco-Zeichen zu bewältigen und um präzise Verträge mit über 100 Unternehmen und Herstellern auszuhandeln, die sich mit den – wie sie es nennen – „4E“: Ergonomics, Ecology, Energy und Emissions (Ergonomie, Ökologie, Energie und Emissionen) beschäftigen. Viele der Unternehmen sind bekannte Markenhersteller, wie Hewlett Packard, Fujitsu Siemens, Philips und Samsung: <http://www.tcodevelopment.com/> .

Die TCO-Zeichen sind inzwischen ein sichtbares Warenzeichen an PC-Monitoren, Druckern, Tastaturen, Kopfhörern und Büromöbeln als Nachweis dafür, dass die wichtigsten Standards für die Verwendung von Chemikalien, für Energieeffizienz, Strahlungsbelastung, Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie Ergonomie überprüft worden sind. Mit Vertretungen in Schweden, Taiwan, Österreich, Deutschland und Norwegen hat sich die Abteilung das Ziel gesetzt, Werbung für das TCO-Zeichen bei Gewerkschaften, Arbeitnehmern und Arbeitgebern für die Entscheidungsfindung rund um Fragen zu Arbeitsplatz und Personal zu betreiben, was eine stärker werdende Wirkung über die Maßnahmen für den Umweltschutz hinaus und für eine nachhaltige Entwicklung hat.

59. Investitionen in erneuerbare Energien könnten - durch Ersetzen von oft importierter Energie gegen einheimisch erzeugte energieeffiziente Technologien und Dienstleistungen - neue Arbeitsplätze schaffen, auch durch anderweitige Wiederaufwendung der eingesparten Energiekosten als zusätzlich verfügbare Einnahmen.

60. Eine vorherige Untersuchung und Analyse muss die Grundlage für die Entwicklung bzw. den Einsatz neuer Technologien und Wachstumstechnologien in umweltverträglicher Art und Weise sein, so z.B.:

- *Kohlendioxidabscheidung und -speicherung* in Kraftwerken, Wasserstoffanlagen und Produktionsanlagen für synthetische Kraftstoffe und Absonderung des CO₂ in unterirdischen geologischen Vorratsspeichern;
- *Absonderung von Kohlendioxid in Wäldern und Böden* durch Reduzierung der Abholzung und durch zunehmendes Aufforsten und naturnahen Ackerbau.

■

Schlussbemerkungen

61. Die Gewerkschaften heben die Bedeutung einer auf allen Ebenen stattfindenden solidarischen Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Gesellschaft hervor. Wir führen Maßnahmen im Bündnis mit zahlreichen nichtstaatlichen Umweltorganisationen, Frauenorganisationen und sozialen Verbänden, mit örtlichen Verwaltungen, Verbraucherschutzorganisationen und vielen anderen Stellen durch. Wir beobachten auch die spezifische Bedeutung einer Zusammenarbeit mit Anführern indigener Völker und Kommunen, die oftmals als erste vom Klimawandel betroffen sind, und mit den Major Groups der Agenda 21.

62. In der zurückliegenden Dekade sind die Global Unions zu allen Zusammenkünften der Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties, COP) bei der Klima-Rahmenkonvention (UNFCCC) hinzugezogen worden. Unsere Arbeit basiert auf der Überzeugung, dass eine Verpflichtung zur Sicherstellung der Beteiligung der Arbeitnehmer an der Entscheidungsfindung und zum Vollzug des Übergangs im Bereich Beschäftigung das Potential der Arbeitnehmer im Kampf gegen den Klimawandel erkennen wird.